

Wien, den 18. Februar 1916.
24. Brief.

Euer Exzellenz !

Im folgendem erlaube ich mir über die Einvernahme des Geh. Rates Dr. Oktavian Freiherr Regner v. Bleyleben, derzeit Statthalter von Niederösterreich, zu berichten.

Vorsitzender: Das Beweisthema betrifft zunächst Ihre Wahrnehmungen über die russophile Propaganda während der Zeit, als Sie Statthalter in der Bukowina waren; hat damals eine russophile Propaganda bestanden? Worin hat sie bestanden und wie hat sie sich geäußert? — Zeuge: Als Landespräsident der Bukowina, der ich seit dem Jahre 1904 war, machte ich die Wahrnehmung, dass eine intensive russophile Bewegung im Schwange sei. Es war meine selbstverständliche Pflicht, dagegen mit allen Mitteln einzuschreiten. Es wurden Vereine aufgelöst, diejenige Presse, die russische Gelder erhalten hatte, in dem russischen Sinne arbeitende Beamte gemassregelt, und unter anderem auch ein Geistlicher, welcher sich der Bewegung angeschlossen hatte, zum Kooperator degradiert. Insbesondere nach dem Kriege gegen Japan, der das russische Interesse für Europa wieder erstarkt hat, war wieder eine intensive Tätigkeit zu bemerken, die in dieser Zeit zugenommen hat. Nach dem Jahre 1908, nach dem Prager Kongress, kam der bekannte Graf Bobrinski auf einer Reise über Galizien auch nach der Bukowina und hielt überall in Versammlungen Reden. Aus Sereth ist ein Bericht an mich gekommen, dass er auch bei mir eine hochverräterische Rede an der Grenze, gegen Seine Majestät und die Dynastie gehalten hat. Selbstverständlich habe ich ihn sofort ausgewiesen und steckbrieflich verfolgt und es wurde der Bezirksrichter und Pfarrer, die die Versammlung einberufen hatten, der erstere dem Oberlandesgerichte in Lemberg angezeigt und der zweite im Wege des Kultus- und Unterrichtsministeriums zum Kooperator degradiert. Dann wurden auch einzelne Internate, wo ganz offen russische Propaganda getrieben, die Zaren-Hymne gesungen wurde, geschlossen. Sehr intensiv war die Spionage. Die harmlosesten Leute entpuppten sich als Spione, so wurden ein Scherenschleifer gefangen, der ein russischer Offizier war. Ich habe überhaupt in Bezug auf Spionage im Einvernehmen mit dem militärischen Landeskommmando eine sehr eifrige Tätigkeit entfaltet. Wir hatten fortwährend mit diesen Sachen zu tun, ich kann aber sagen, dass meine Tätigkeit eine derartige war, dass die russophile Bewegung nahezu erschlagen war, so dass sie in der Bukowina fast ganz erloschen ist. — Vorsitzender: In welchem Jahre sind Exzellenz nach Mähren gekommen? — Zeuge: Ich bin im Dezember 1911 nach Mähren gekommen. — Vorsitzender: Haben Exzellenz in Mähren gewisse Wahrnehmungen gemacht, welche auf Einflussnahme Russlands hindeuten würden? — Zeuge: Wie ich nach Mähren kam, waren damals recht friedliche Verhältnisse, nur war mir aufgefallen, dass eine Menge russischer Landwirte in Prerau und Umgebung angeblich zu Studienzwecken ansässig waren. Ich liess mir die Akten vorlegen und sah, dass sie auf Ersuchen der russischen Regierung von unserer Staats- und Militärbehörde zugelassen waren und konnte mich daher nur darauf beschränken, sie im Auge zu behalten. Meine persönliche Überzeugung war, dass diese Leute nicht nur zu Spionagezwecken bestimmt waren, sondern auch dazu, um im Kriegsfall die militärischen und Eisenbahnanlagen bei Prerau zu zerstören. Ich habe sie demzufolge streng überwachen lassen und liess sie bei Mobilisierung alle hopp nehmen. Das gefährliche war, dass durch diese russischen Bauern unter den Leuten das Interesse für die russischen Dinge geweckt wurde, und gewisse Sympathien der Slaven verstärkt wurden. Das ist ja der Zweck der russischen Wühlarbeit. — Vorsitzender: Meinen Exzellenz das in dem Sinne, dass dadurch die russischen Verhältnisse hervorgehoben wurden? — Zeuge: Ja, es ist offenbar, dass sie dadurch bei den Leuten populär gemacht wurden. — Vorsitzender: Ist das, wovon Sie sprechen

der Verein Ruskoje Zerno ? - Zeuge: Ja, das ist der Verein, dessen Obmann der kaiserliche Rat Dr. Riegel war. Das war eine ganz offizielle Sache. Dieser kaiserliche Rat, der sein Vorsitzender war, hatte eine hohe russische Auszeichnung erhalten, zu deren Annahme er unsererseits die Bewilligung bekommen hat. - Vorsitzender: Das war schon im Jahre 1911? Wie hat sich die Sache weiter entwickelt ? Im Lande selbst, haben Sie Wahrnehmungen über staatsfeindliche Erscheinungen dabei gemacht? - Zeuge: Während des Balkankrieges sind schon recht ernste Erscheinungen zu Tage getreten. Es kam da die Parole aus dem Parlament, und wurde, weil man dagegen als immunisierte Rede nicht auftreten konnte, überall verbreitet: Schiesst nicht auf die serbischen Krieger. Aber trotzdem ist die Mobilisierung eigentlich dank den Vorkehrungen der Regierung anstandslos vor sich gegangen. Es herrschte auch eine, begeistert würde ich nicht sagen, aber doch gute Stimmung, so dass man zufrieden sein konnte, dann allerdings kamen Einflüsse von aussen, insbesondere durch die vielen Flüchtlinge aus Galizien, es kamen die Manifeste des Zaren, die teils aus Böhmen, teils aus Galizien eingeschmuggelt wurden. Da wurde dann vom Militär ein sehr energisches Regime in Mähren eingeführt. Die kleinste Kleinigkeit wurde zur Anzeige gebracht, die Behörden haben absolut keine Verbreitung geduldet und die Verurteilungen waren sehr zahlreich. - Dr. Kranar: Das letzte, was Exzellenz angeben, wurde nicht verstanden. - Vorsitzender: Das letzte, das hier vorgebracht wurde, ist, dass in Mähren zuerst die Mobilisierung zweckmässig vor sich gegangen ist, dass aber nach kurzer Zeit verschiedene Anzeichen bemerkt wurden, die darauf hindeuten, dass Proklamationen verbreitet worden sind, dass sich Einflüsse von Agitatoren, auch Agitatoren von Böhmen her, bemerkbar machten, dass der Ruf allgemein gewesen ist, schon zur Zeit des Balkankrieges: Schliesst nicht auf die serbischen Brüder, dann dass eine Reihe von Anzeigen darüber erstattet wurden, die auch alle weitergeleitet und entsprechend behandelt wurden. - Können Exzellenz Mitteilung darüber machen in der Richtung, worauf diese Agitationen zurückzuführen sein könnten und welche Kreise sich daran beteiligt haben. - Zeuge: Zurückzuführen sind diese Agitationen meiner Überzeugung nach auf den masslosen Chauvinismus und auf die Verhetzung, der das Volk in Böhmen seit Jahrzehnten ausgesetzt war, die das staatliche Gefühl leider ganz in den Hintergrund treten liess. Dieses nationale Empfinden ist so wie bei allen anderen Nationen; besonders angefeuert werden solche Stimmungen durch die Agitation bei den Wahlen. Von allem Anfang an muss man sagen, das böhmische Volk in Mähren ist gut, ist ausgezeichnet, die wirklich Intelligenzen sagen sich selbst, dass sie von Russland doch nichts zu erwarten haben können, aber es sind viele verhetzt. Namentlich die sogenannte Halbintelligenz, die sich aus der Liste der Verurteilungen ergibt, die kleinen Steuerbeamten, Lehrer etc. die haben sich diesen Tendenzen angeschlossen und sie ins Volk getragen. - Dann kamen die Manifeste, welche die Selbständigkeit der böhmischen Länder in Europa gepredigt haben. Das hat den mindergebildeten Leuten vollkommen den Kopf verdreht.

Vorsitzender: Wurden auch Wahrnehmungen gemacht, die auf einen Zusammenhang mit dem Auslande hindeuten oder auf Agitationen hindeuten, die von czechischnationalen Parteiangehörige zurückzuführen sind ? Können Sie vielleicht gewisse Richtungen oder Zeitungen nennen ? - Zeuge: Ja, ich kenne die Haltung der czechischen Presse im Auslande und weiss, dass so viele und so viele Manifeste nach Mähren gekommen sind. Ich kann das nur noch einmal wiederholen. Eine grosse Menge solcher Manifeste, das weiss ich, ist auch aus Prag gekommen, andere durch mir unbekannte Mittel, vielleicht aus Galizien. Ich kann nur wiederholen, dass viel Derartiges aufgekommen ist, was wahrscheinlich von Sendlingen der russischen Regierung verbreitet wurde. - Vorsitzender: Wissen Exzellenz von Reisen aus Mähren ins Ausland? - Zeuge: Es ist mir wiederholt von einer solchen Reise

gesprochen worden, das war aber nach meinem Amtsantritt. Ich erinnere mich nur, dass ich auf einem Akte, den ich gefunden habe, die Bemerkung sah, dass sich der betreffende Verein in Petersburg sehr patriotisch benommen habe, und dass eine Auszeichnung für den Führer vorgeschlagen war. Ob das auch erfolgt war, weiss ich nicht. Der Verein hat sich auch wiederholt bei patriotischen Veranstaltungen betätigt. - Vorsitzender: War das die Reise des mährischen Lehrer-Gesangsvereines im Dezember 1913? - Zeuge: Das ist schon möglich. Ich erinnere mich, dass auch ein Bericht von unserem Botschafter in Petersburg vorlag, ich glaube, es war von Grafen Berchthold, dass sie sich in Russland sehr korrekt verhalten haben. - Vorsitzender: Können uns Exzellenz etwas über den Sokolkongress angeben? - Zeuge: Zuerst war der Sokolkongress in Prag, ich glaube im Jahre 1913. Dieser bekannte Sokolkongress, der ja damals offiziell von der Wiener Regierung unterstützt wurde. - Vorsitzender: Ich meine den Sokolkongress in Mähren. - Zeuge: Ja am 27. Juni 1914 war ein Sokoltag in Brünn, da kamen vornehmlich böhmische Vereine und drei serbische Sokolisten. - Vorsitzender: Ist darüber relationiert worden? - Zeuge: Ja, es waren ca. 30.000 Sokolen versammelt. Von deutscher Seite war auch ein Fest veranstaltet worden. Die politische Behörde hatte die Pflicht, die beiden Lager zu trennen, um es zu nichts kommen zu lassen. Es war damals eine sehr erregte Stimmung in Brünn, sonst war eigentlich nichts Bemerkenswerthes. Als die Schreckensnachricht von dem Attentat in Sarajewo kam, habe ich sofort Beante zu den deutschen und czechischen Fest geschickt, damit die Sache geschlossen wird. Habe auch aufgetragen, dass, wenn der geringste Widerstand geleistet werden sollte, selbstverständlich mit Gewalt die Herrschaften auseinanderzutreiben seien, dazu ist es aber nicht gekommen. Denn beide Teile haben es eingesehen und die Veranstaltung unterbrochen. Weiter wurden keine Wahrnehmungen gemacht. Die 30.000 Sokolen sind am Abend weggefahren und obzwar die Stimmung am Abend infolge der furchtbaren Nachricht noch erregter war, ist nichts vorgefallen. Die Serben wurden selbstverständlich sofort ausgewiesen und abgeschoben. - Vorsitzender: Es waren in ausländischen Zeitungen auch Stimmen aus czechischen Kreisen wiedergegeben, deren Inhalt hier nicht vorgebracht werden kann, über diesen Sokoltag nämlich, ich muss aber fragen, ob Sie etwas davon wissen. Kennen Sie die Haltung der czechischen Presse im Auslande? - Zeuge: Ja. - Vorsitzender: Ich meine, ob irgend etwas gemeldet wurde über die Stimmung, wie sie damals gewesen ist, ob nicht etwas Unpatriotisches vorgekommen ist? - Zeuge: Das kann ich absolut bestreiten, es ist nichts vorgekommen, ausser der Anwesenheit der ausländischen Sokolisten, soweit wenigstens die Feste abgehalten werden konnten, es hätte ja zwei Tage dauern sollen, wurde aber bald nach Beginn infolge der Nachricht von dem Attentat unterbrochen. Irgend etwas staatsgefährliches wurde nicht wahrgenommen. - Vorsitzender: Ich meine nicht gerade etwas staatsgefährliches, sondern ob vielleicht ein Mangel an patriotischem Empfinden wahrgenommen wurde? - Zeuge: Es war eine offizielle Veranstaltung, zu der die Spitzen der Behörden eingeladen waren. Ich gerade im Begriffe mit meinen Beanten als Vertreter der Behörde hinzugehen, als die Schreckensnachricht kam. Irgend eine unpatriotische Haltung wurde nicht wahrgenommen. - Militäranwalt: Ich möchte an Exzellenz die Frage richten, ob, als Exzellenz die Gelegenheit hatten, in der Bukowina gegen die russophile Propaganda aufzutreten, das gegen die Orthodoxie als Konfession gerichtet war. - Zeuge: Selbstverständlich gar nicht, weil ja die ganze Bukowina orthodox ist. - Militäranwalt: Es wird nämlich so dargestellt in dem Buche des Bobrinsky und von ihm immer behauptet, dass die Orthodoxie unterdrückt wird. - Zeuge: Das ist ganz unrichtig. Die griechisch-orientalische Kirche in der Bukowina erfreut sich dort des grössten Ansehens.

Es hat mir auch einmal ein Potentat gesagt, dass in der ganzen Welt die griechisch-orientalische Kirche nicht auf der Höhe der Kultur steht, wie in der Bukowina. - Militäranwalt: Exzellenz erinnern sich gewiss auch an den Fall von Zalodze, wo die russische Regierung die ruthenische und polnische Bevölkerung zum Übertritt zur Orthodoxie zu bewegen suchte. Wurde auch dagegen eingeschritten? - Zeuge: Das war nicht mehr auf meinem Gebiete, das war schon jenseits des Dniester. - Selbstverständlich wurde dagegen eingeschritten, aber die Anschauungen darüber wechselten und je nach der Richtung der galizischen Statthalter ging man dagegen mit mehr oder weniger Energie vor. - Militäranwalt: War das eine konfessionelle oder eine politische Frage? - Zeuge: Selbstverständlich waren das nur Vorwände für Russland, um in Galizien Boden zu fassen. - Militäranwalt: Ich möchte mir noch die Frage erlauben, Exzellenz haben erwähnt, dass es nötig war, gegen die Russophilie aufzutreten. Wie haben sich die sämtlichen Abgeordneten der Bukowina in Bezug auf das Verhältnis des Staates zum Auslande verhalten? - Zeuge: Die Bukowinaer Abgeordneten waren durchaus patriotisch. Wir hatten weder im Landtag noch im Reichsrat einen Russophilen, zum Unterschied gegen die Verhältnisse in Galizien, wo es ja bekanntlich 2 oder 3 gab. - Militäranwalt: Waren nicht die Brüder Gerowsky an der russophilen Bewegung beteiligt? - Zeuge: Die haben schon traditionell eine Rolle gespielt. Die Familie Gerowsky war schon in den Neunziger-Jahren bekannt. Schon die Grossmutter oder der Grossvater der Gerowskys hatten einen sehr grossen Prozess, den ich aus den Akten kannte. - Militäranwalt: Ich möchte mir noch die Frage erlauben, aus der neueren Zeit, wo Exzellenz in Mähren Statthalter waren. Ist es Exzellenz bekannt, ob die "Narodni Listy" in Mähren verbreitet waren und ob sie einen Einfluss ausgeübt haben? - Zeuge: Die "Narodny Listy" war gewiss reich verbreitet und hat gewiss auch einen Einfluss auf die böhmische Bevölkerung ausgeübt. - Militäranwalt: Hatten Exzellenz nicht Ursache, während des Krieges ein unbedingt patriotisches Verhalten nötig ist und dass man sich nicht durch Umtriebe betören lassen darf? - Zeuge: Ich habe im November oder Dezember, als diese russophilen Äusserungen unter der böhmischen Bevölkerung Verbreitung fanden, ein sehr energisches Manifest erlassen. In diesem war einerseits eine sehr väterliche Mahnung, andererseits ein sehr energischer Appell zur Unterstützung der Staatsbehörden bei der Verfolgung dieser verbrecherischen Umtriebe. Ich erinnere mich deutlich an den Wortlaut des Schlusssatzes: Die Regierung hat die Macht und die Pflicht, die Verräter an Vaterlande zu vernichten. Dieser Erlass wurde mir sogar von czechischer Seite als zu scharf bezeichnet, sozusagen als eine antliche Bestätigung der czechischen Unverlässlichkeit. Es wurde mir das von czechischen Abgeordneten gesagt. Ich aber stand demgegenüber auf dem Standpunkte, dass der Erlass eine gute Wirkung hatte, denn die Kreise, die nicht so recht aufgeklärt waren, haben dadurch erfahren, um was es sich eigentlich handelt und das hat gewiss die Leute abgehalten. Auf den Einwand, dass es ein Beweis der czechischen Unverlässlichkeit sei, habe ich ganz einfach auf die Akten hingewiesen, auf die 500 Straffälle und 7 Todesurteile wegen Hochverrat und Majestätsbeleidigung und habe gesagt, dass das Bestätigung der czechischen Unverlässlichkeit sei und nicht mein Manifest. Das Manifest hat sicher die beste Wirkung gehabt. - Vorsitzender: Können Exzellenz etwas darüber sagen, ob die Behörde der Veröffentlichung eines Manifestes seitens politisch führender Persönlichkeiten in den Weg getreten wären? - Zeuge: Im Gegenteil, ich habe auf ein Manifest der Abgeordneten gewartet, ich habe mich ja auch in meinen Grenzen bemüht, eines zu erreichen, selbstverständlich hätte das nur mit den böhmischen Abgeordneten gemeinsam geschehen können, meine Bemühungen hatten jedoch keinen Erfolg. Ich habe den Abgeordneten gesagt, ja, ich habe auch ja schon vor

2 Monaten gesagt, es soll was geschehen. Es ist höchste Zeit, dass etwas geschieht, wenn Ihr nichts macht, so muss ich es machen. - Vorsitzender: Es ist dort gesagt worden, dass etwas im Našinec war? - Zeuge: Ja, die katholischen Blätter haben gleich zu Beginn des Krieges solche patriotische Aufrufe erscheinen lassen. Aber ich hätte gewünscht, dass die Abgeordneten aller Parteien einen Appell an die Nation, eine Kundmachung an die Krone veranstalten, um die breitesten Kreise des böhmischen Volkes davon zu unterrichten, wie sie sich zu verhalten haben. Das wäre angesichts der vielen bedauerlichen Vorfälle sehr erwünscht in der Sache gewesen. - Militäranwalt: Ist Exzellenz etwas darüber bekannt von einer Reise des Abgeordneten Hruban in dieser Angelegenheit nach Prag? - Zeuge: Ja, er hat mir davon erzählt, ich habe auch im Ministerium in Wien davon gehört, dass seine Bemühungen leider resultatlos geblieben sind. - Militäranwalt: Haben Exzellenz über das Verhalten der Bevölkerung zur Kriegsanleihe Wahrnehmungen gemacht? - Zeuge: Die Kriegsanleihe, insbesondere die I. und II. ist in der böhmischen Bevölkerung auch in Mähren sehr kühl aufgenommen worden. Man muss freilich dabei beachten, dass die geringere Kapitalkraft, die in Böhmen als Entschuldigung vorgebracht wird, in Mähren noch mehr zutrifft. Es war daher Pflicht der Regierung, die Bevölkerung darauf aufmerksam zu machen und entsprechend über den Zweck der Kriegsanleihe aufzuklären. Für mich war das Barometer zur Beurteilung der Beteiligung die Sparkassen. Man kann natürlich nicht verlangen, dass von beiden Volksstämmen gleichviel gezeichnet wird, das ist selbstverständlich. Man muss das Verhältnis der Zeichnungen zum Einlagenstand der Sparkassen berücksichtigen. Da habe ich gesehen, dass die deutschen Sparkassen viel (Zeuge betont dieses Wort) mehr gezeichnet haben, als die böhmischen. Ungefähr kann ich die Zahlen sagen, die deutschen Sparkassen haben durchschnittlich ca 12 %, die czechischen bei der I. und II. Kriegsanleihe 3 oder 4 % ihrer Einlagen gezeichnet. Bei der III. Kriegsanleihe waren die Zeichnungen schon viel besser natürlich infolge der Einwirkung der Behörden. Ich habe aber auch die Aufzeichnungen hier und wenn es dem hohen Gerichtshof gefällig ist, so kann ich sie vorlegen. - Vorsitzender: Ich bitte sehr. (liest)

Es haben gezeichnet: deutsche Sparkassen czechische Sparkassen

I. Kriegsanleihe	8.08 %	3.85 %
II. "	11.69	6.76
III. "	<u>14.48</u>	<u>13.41</u>
in Summa	12 %	8 %

ihrer Einlagen.

Dr. Koerner: Ich möchte mir gestatten, zu diesem Thema Ruskoje Zerno eine Frage zu stellen. Wenn ich richtig verstanden habe, so haben Exzellenz gesagt, Sie hätten schon damals etwas anderes dahinter gesucht, als nur die Ausbildung in der Landwirtschaft, oder war das erst später? - Zeuge: Ich habe natürlich in der Bukowina jeden Russen mit grösstem Interesse von der Polizei überwachen lassen. Ich habe da Hochverräter und von Stolypin instruierte Spione entdeckt. Ich wusste, dass kein Russe, der in die Bukowina kommt, es ohne Hintergedanken tut. Ich komme dann nach Mähren und finde da ein ganz anderes Prinzip. Ich finde da eine friedliche Idylle, natürlich war ich höchst erstaunt, denn da waren doch 30 - 40 russische Studenten. Ich liess mir die Akten vorlegen, habe darüber mit meinem Amtsvorstande und auch mit dem Minister gesprochen und fand, dass hier in Mähren alles erlaubt war. Ich sah, dass hier in Mähren die Leute auf gute Beziehungen zu Russland hielten und dass alles erlaubt und gestattet ist. Ich konnte daher auf Grund meiner früheren Tätigkeit, weil ich anderer Meinung war, und auf Grund meiner Erfahrung nur eine strenge Überwachung

einleiten. -

Dr. Koerner: Haben Sie diese andere Ansicht auch dem Ministerium bekanntgegeben? - Zeuge: Mündlich gewiss, wiederholt. Sonst war keinerlei Anlass dazu. Es war ja tiefster Friede in Mähren. Es war nichts zu machen. Es bestand eben die Ansicht, dass das offiziell gestattet sei. - Dr. Koerner: Woraus ist dann Ihre andere Meinung über diese russischen Landleute zu erklären? -

Zeuge: Auf Grund meiner Erfahrungen in der Bukowina, wo kein noch so harmloser Russe ins Land kam ohne Hintergedanken. - Dr. Koerner: Sie haben also ganz einfach Ihre Erfahrungen aus der Bukowina nach Mähren übertragen. - Zeuge: Gewiss, ich übertrug meine Erfahrungen aus der Bukowina. Ich habe auch in einer Zuschrift das Ministerium darauf aufmerksam gemacht. - Dr. Koerner: Die Regierung teilte Ihr Misstrauen nicht? - Zeuge: Offenbar nicht. Jedenfalls liess ich die Leute überwachen. - Dr. Koerner: Haben Exzellenz irgend welche konkrete Umstände anzuführen, welche Ihr Misstrauen bestätigten oder bestärkten? - Zeuge: Konkrete Umstände hatte ich gar keine. Aber ich wusste, dass die russische Regierung nicht so naiv sein wird, ihre Leute allein wegen der Landwirtschaft nach Mähren zu schicken. Ja, wenn sie sie in die Schweiz, nach Frankreich oder Dänemark geschickt hätte, das wäre eher begreiflich gewesen. - Vorsitzender: Es wurden angeblich auch russische Bauern nach Dänemark geschickt. - Zeuge: Dann hätten sie ja nicht gerade Mähren beglücken müssen. - Vorsitzender: Haben Sie auch daraus, dass speziell diese Gegend gewählt wurde, gewisse Schlüsse gezogen? - Zeuge: Offiziell wurde als Grund angegeben, dass Mähren auf einer hohen Kulturstufe stehe. Ich habe aber in meinem naiven Menschenverstande angenommen, sie sollten dort vielleicht weniger die Landwirtschaft, als vielmehr die Bahnen und Brücken bei Prerau studieren? - Dr. Koerner: Aber die Regierung? - Zeuge: Die Regierung war anderer Anschauung. - Dr. Koerner: Wann wurde die Internierung vorgenommen? - Zeuge: Gleich nach Kriegsausbruch, ich glaube, schon vor der Mobilisierung, sodass ich dafür garantieren kann, dass der Zweck der russischen Regierung nicht erreicht wurde, Sie konnten sicher nichts anstellen. - Dr. Koerner: Exzellenz haben vorhin von der Verbreitung der "Narodni Listy" in Mähren gesprochen. Ich möchte fragen, damit nicht falsche Vorstellungen entstehen, ob Exzellenz vielleicht sagen wollen, welche czechischen Tagesblätter in Mähren bestehen? - Zeuge: Das verbreitetste sind wohl die "Lidove Noviny" von der klerikalen Seite der Hlas, auch der Mašinec. - Dr. Koerner: Sozialdemokratische nicht? - Zeuge: Ja, freilich, der Proletař, die Rovnost. Dr. Koerner: Haben Exzellenz Anhaltspunkte dafür, über das Verhältnis der Verbreitung der einzelnen Blätter, insbesondere im Verhältnis zu der Verbreitung der "Narodni Listy".

Zeuge: Das ist überhaupt nicht festzustellen. Ich konnte nur feststellen, wieviele Blätter der mährischen Zeitungen erscheinen, aber wieviele Nummern der "Narodni Listy" nach Mähren gehen, das weiss nur die Redaktion. - Dr. Koerner: Also Ziffern wissen Exzellenz nicht. Warum haben Sie dann gedacht, dass die "Narodni Listy" in Mähren so verbreitet sind? - Zeuge: Weil ich sie in allen Kaffeehäusern gesehen habe und weil ich überhaupt weiss, dass sie verbreitet ist. Das war so, dass, wenn ich in Mähren gegen ein Blatt einschritt, mir der Vorwurf gemacht wurde, die "Narodni Listy" würde dann noch mehr gelesen werden, weil sie viel unterhaltender sei als meine mährischen Blätter. -

Dr. Koerner: Wann haben die Angelegenheiten wegen Zalodze begonnen, wegen der Exzellenz den Vorwurf machten, dass damit die russische Propaganda eingeführt werden sollte? -

Zeuge: Das war schon vor meiner Amtstätigkeit, aber auch während dieser war davon die Rede. Es ging dabei hin und her. Einmal

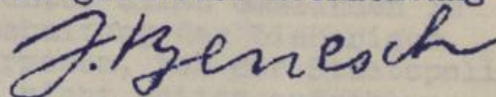
war die russische Kirche verboten, dann war sie gestattet, dann war die Angelegenheit wieder unterbrochen, es war überhaupt eine Seeschlange, aber das ging mich gar nichts an, weil es über dem Dnjester war. - Dr. Koerner: Was für eine Bevölkerung ist dort ansässig? - Zeuge: Es waren Ruthenen und zwar griechische Katholiken. Dr. Lewit: Ich möchte mir gestatten zurückzukommen auf die Bemerkung, die Exzellenz wegen der Reise des mährischen Lehrergesangsvereines gemacht haben. Es fehlt mir nämlich noch die Feststellung der Zeit dieser Reise. - Zeuge: Ich konstatiere, dass ich geglaubt habe, dass sie vor meiner Amtswirksamkeit war. Jetzt höre ich aber, dass sie im Jahre 1913 war. Ich kann das ohne Akten nicht konstatieren. Es können vielleicht auch mehrere Reisen gewesen sein. - Dr. Lewit: Nein, es war nur eine Reise. Wann waren Exzellenz Statthalter in Mähren? - Zeuge: Von 1911 bis 1915. - Dr. Koerner: Exzellenz haben auch erwähnt, dass jemand ausgezeichnet wurde wegen dieser Reise und der patriotischen Haltung, die dabei an den Tag gelegt wurde? - Zeuge: Ich weiss nur, dass die Berichte der Petersburger Botschaft derartig waren, dass dann eine Anregung zu einer allerhöchsten Auszeichnung gegeben wurde. Ob es dann dazu kam, das kann ich nicht sagen. - Dr. Lewit: Ist Exzellenz bekannt, dass diese Reisegesellschaft in Petersburg bekannt? - Zeuge: Daran kann ich mich nicht erinnern, aber es ist möglich, ich glaube, es fand damals in Petersburg aus irgendeinem patriotischen Anlass ein Konzert statt und dort hat dieser mährische Lehrergesangsverein mitgewirkt. -

Dr. Lewit: Nur noch eine Frage möchte ich an Exzellenz richten. Ob es Exzellenz bekannt ist, dass der mährische Lehrergesangsverein auch eine Kunstreise nach Deutschland unternommen hat? - Zeuge: Davon habe ich gelesen und es ist mir vielleicht von einem Vereinsfunktionär bei einer Veranstaltung erzählt worden. Nach London sind sie ja auch einmal gefahren. - Dr. Lewit: Aber nach Deutschland auch? - Dr. Kramar: Ich möchte mir eine Frage erlauben. Exzellenz haben gesagt, dass 80 landwirtschaftliche Studenten dort waren? - Zeuge: Die Ziffer war verschieden, sie wechselte. - Dr. Kramar: Nein ich meine, Exzellenz haben gesagt, dass es Studenten waren? - Zeuge: Es waren Bauernsöhne zu Studienzwecke, die die Landwirtschaft kennen lernen sollten. - Dr. Kramar: Also gewöhnliche Bauernsöhne? - Zeuge: Ja, Bauernsöhne. - Dr. Kramar: Ich glaube, dass Studenten nur die geschicktesten waren, welche dann eben auf Schulen geschickt worden sind. - Glauben Exzellenz, dass für die russische Landwirtschaft, die bekanntlich eine ebene Landwirtschaft ist, gerade die Schweiz am besten passen würde, um die jungen Leute in die Landwirtschaft einzuführen? - Zeuge: Ja, vielleicht Deutschland, Frankreich, Dänemark wären in Betracht gekommen. - Dr. Kramar: Und nach Dänemark wurden ja auch die Leute geschickt, - Ging das von der Regierung oder von einem Privatverein aus? - Zeuge: Meines Wissens war es ein Privatverein, der von der russischen Regierung unterstützt wurde, und von russischen offiziellen Persönlichkeiten alljährlich inspiziert worden ist. - Dr. Kramar: Von offiziellen Persönlichkeiten? - Zeuge: Ja. - Dr. Kramar: Haben diese offiziellen Persönlichkeiten auch inspiziert. Zeuge: Ja, auch unter den inspizierenden Persönlichkeiten waren offizielle z.B. Generäle. - Dr. Kramar: Generäle? - Zeuge: Ja, es heisst ja bald einer in Russland General. -

Auf die Beeidigung wird seitens der Militär-anwaltschaft und seitens der Verteidigung verzichtet.

Ich gebe mich der angenehmen Erwartung hin, dass meine heutigen Mitteilungen das Interesse Euer Exzellenz gefunden haben und zeichne mit

vorzüglichster Hochachtung



Herausgeber der "Deutsch-böhm. Korresp."

H u e r E x z e l l e n z !

Ich erlaube mir im Folgenden die Zeugenaussage des Statthalters Freiherr von Heinold zu übermitteln.

Freiherr von Heinold sprach zunächst kurz über die parlamentarischen Verhandlungen über die Wehrreform und schilderte sodann die Tätigkeit des Abg. Dr. Kramar in der böhmischen Ausgleichsfrage. Dr. Kramar habe immer nach dem Zustandekommen des Ausgleiches gestrebt. Warum, kann man sich dadurch erklären, er hat ja auch wiederholt davon gesprochen, dass er hoffe, dass dadurch erstens die Obstruktion im böhmischen Landtag beseitigt und das verfassungsmässige Leben in Böhmen wieder zustandekommt, und dass zweitens das böhmische Volk dazu gebracht werden könnte, dass es eine positive Politik führt, also eine Politik, die nicht in der blossen Negation besteht. Eine Möglichkeit dazu schien dann gegeben, wenn die Rechte des böhmischen Volkes auf eine gewisse bessere Basis gestellt werden in nationaler Beziehung. Ich kann mir auch deshalb erklären, dass der Ausgleich von Dr. Kramar gewünscht wurde, weil er durch die Erfahrungen, die er früher gemacht hat, genügend wissen konnte, dass auf andere Weise eine Sterilität in die Politik hineingebracht werden würde. Wie ich gehört habe, dass ich einvernommen werden soll über diese Angelegenheiten, habe ich in meinen Aufzeichnungen nachgesehen und habe darin eine Mitteilung des Statthalters von Böhmen gefunden, worin er schreibt, Dr. Kramar habe seine Herren dazu gebracht, in den Verhandlungen entgegenkommend zu sein, damit die Beratungen über die Sprachenfrage weiter vor sich gehen können. So wurden die Verhandlungen in Wien und Prag weitergeführt bis dann im Sommer 1912 wieder eine Pause sich ergab, da es mit dem Sprachengesetz nicht mehr weiter ging und wegen des formellen Zusammenhanges der beiden Materien man die weitere Entwicklung abwarten musste. Dann wurde es auch notwendig, die Verhandlungen zu vertagen, weil eine Parlamentspause eintrat. Ich habe den Verhandlungen nicht beigewohnt, sondern nur Relationen erhalten. Es ist in den wesentlichen Punkten auf den Gebieten des Sprachengesetzes zu einem Ausgleich gekommen, wenn es auch zu einer paragraphenweisen Ausarbeitung nicht kam. Es ist wie gesagt eine allgemeine Ermüdung eingetreten, kurzum, man ging im Juli 1912 auseinander und hatte nur besprochen, dass zwischen einzelnen Herren, über diesen Gegenstand der Materie weitere unverbindliche Besprechungen stattfinden sollten. Das geschah, aber dann trat wieder eine Störung ein, wegen eines Erlasses des Justizministers. Es wurde wenigstens von böhmischer Seite behauptet, dass dessen Grund für die Störung sei und so war einige Monate jede Verhandlung unterbrochen. Erst im Oktober wurden sie wieder aufgenommen, dann kam es aber wieder zu verschiedenen Schwierigkeiten und Störungen, namentlich mit Rücksicht auf die Frage der staatlichen Reservate. Das waren jene Dinge, die die Regierung unter allen Umständen ausgenommen wissen wollte von einer Verhandlung zwischen den Parteien selbst und dann jene Belange, bei denen es unter allen Umständen im staatlichen Interesse bei einer Beibehaltung der bisherigen Übung bleiben musste. z.B. im Militärwesen, bei der Staatspolizei und ähnlichen Dingen, die ich ja nicht weiter aufzählen brauche. Wenn eine solche Störung aufkam, so hat sich Dr. Kra-

mer immer an den Ministerpräsidenten mit dem Brauchen gewandt, er möge dafür sorgen, dass die Verhandlungen wieder aufgenommen werden können. So wurden die Verhandlungen mit gewissen Schwankungen, gewissen Unterbrechungen fortgeführt, bis in den Jänner 1914. Dann sind sie dadurch in Stockung geraten und bis auf weiteres gescheitert, dass die speziell über Verlangen der czechischen Seite publizierten Zusammenstellungen, Ausarbeitungen, Ueberblicke über die Beratungen, grosse Anfechtungen auf beiden Seiten erfuhren. Dazu sind noch gekommen die Schwierigkeiten im Abgeordnetenhaus, es ist damals auf böhmischer Seite speziell wegen der teilweisen Suspensionierung der Autonomie in Böhmen nämlich die Obstruktion ausgebrochen, das hat naturgemäss auf die Verhandlungen sehr nachteilig gewirkt. Es gelang nicht, die Verhandlungen im Abgeordnetenhaus fortzuführen, dann hat das parlamentarische Leben überhaupt aufgehört und auch die Verhandlungen über den Ausgleich. Dann ist bald der Krieg ausgebrochen.

Vorsitzender: Ist es Excellenz bekannt, welches der Standpunkt des Dr. Kramar war, insbesondere ob er zu Kompromissen mit den Deutschen geneigt war?

Zeuge: Dr. Kramar hat immer das Bestreben gehabt, die Vereinbarung zustandezubringen. Allerdings mit der Warung des nationalen Standpunktes seines Volkes und unter dem Bestreben, möglichst viel für sein Volk zu erreichen. Es waren aber radikale Strömungen vorhanden, die in ihren Forderungen viel weiter gegangen sind als Dr. Kramar es tat, und es hat immer so wenigstens geheissen, ich war ja nicht dabei, dass er immer auf die Radikalen mässigend hat einwirken müssen und dass er auch eingewirkt hat. Eine sehr heikle Frage war auch die Beamtenfrage. Die Verhandlungen darüber haben zunächst in Wien stattgefunden. Die deutschen Parteien haben dabei nämlich die vollständige Nationalisierung der Beamten verlangt, was bei der Regierung nicht auf Zustimmung stossen konnte. Die Czechen wieder haben verlangt die vollständige Doppelsprachigkeit in ganz Böhmen, diese zwei Standpunkte waren absolut nicht zu vereinigen. Ein Mittelweg wurde schliesslich während der Märzverhandlungen im Abgeordnetenhaus versucht. Es wurde damals ein Komitee zusammengesetzt wegen dieser Frage. Es hat bestanden auf der einen Seite aus Dr. Kramar und Dr. Koerner und auf der anderen Seite aus Dr. Roller und Dr. Urban. Die Formulierung die damals gefunden wurde, hat speziell auf deutscher Seite eine Ablehnung erfahren, da die Deutschen eine scharfe nationale Scheidung der Beamtenschaft wünschten. Auch da hat Dr. Kramar sich bemüht einen Weg zu finden. Dann in Prag, - da war ich nicht mehr dabei - auch dort wurde ein Weg gesucht und von dort habe ich gehört, dass Dr. Kramar sich immer angestrengt hat einen Weg zu finden. Man versuchte es damals so zu erledigen, dass in deutschen Gebieten wo wenig Czechen sind, wenn dort czechische Angelegenheiten vorkommen, speziell bei Gericht, für die Verhandlung Richter ad hoc zu delegieren, die der böhmischen Sprache mächtig sind und den Deutschen entgegenzukommen, damit dort nicht czechische Richter angestellt werden müssen. Es war das ein angeblich unter besonderer Mitwirkung des Dr. Kramar gefundener Mittelweg, anstatt einzelne nationale Beamte anzustellen an dem betreffenden Ort in Fällen, wo in anderer Sprache zu verhandeln wäre, dorthin andere Richter aus böhmischen Gegenden ad hoc zu delegieren. Es ist nämlich ein Hauptpostulat der Deutschen, dass keine czechischen Richter für czechische Gebiete angestellt werden. Ob dieser Antrag von Dr. Kramar selbst stammt, kann ich nicht mit Bestimmtheit sagen, ich habe immer gehört, dass er dabei wesentlich mitgearbeitet hat und tatsächlich ist auch diese Formulierung in den Protokollen die über die Verhandlungen aufgenommen worden sind, vorgekommen. Bei diesen

Angelegenheiten soll sich also Dr. Kramer besonders eingesetzt haben, damit diese Art von Kompromiss zustande kam.

Vorsitzender: Das Kompromiss wurde also so gefunden, dass das Amt auch in der anderen Sprache amtieren könnte, dass ein der zweiten Sprache kundiger Beamter zugezogen wurde. Hat diese Fassung Dr. Kramer gefunden?

Zeuge: Das weiss ich nicht, ich weiss aber, dass bei den Ausarbeitungen die erfolgt sind, über diese Verhandlungen, es schliesslich zu einer solchen Formulierung gekommen ist.

Militäranwalt: Ich möchte mir erlauben an Exzellenz eine Frage zu stellen, zunächst betreffend die Wehrreform. Exzellenz haben früher erwähnt, dass die Ukrainer dagegen obstruiert haben. Haben Exzellenz daraus eine staatsfeindliche Stellung der Ukrainer entnommen.

Zeuge: Nein; die Ukrainer haben im Gegenteil immer betont und wenigstens mir gegenüber gesagt, dass sie keineswegs das Wehrgesetz als solches verhindern wollen; sie haben schon früher hie und da mit der Obstruktion eingesetzt, immer wenn die Verhandlungen mit den Polen wegen der ruthenischen Universität gestört wurden. Nun haben sie offenbar aus taktischen Rücksichten sich gedacht, dass sie bei einer Obstruktion auf diese Art, bei diesem Gegenstande am ehesten zur Universität kommen. Sie sind dann durch meinen Appell an ihre patriotische Gesinnung - die sie nachträglich "kaiserliche Botschaft" genannt haben, dieser Ausdruck ist aber nicht richtig - soweit gebracht worden, dass sie nachgegeben haben und die Obstruktion einstellten, ohne dass sie die Universität bekommen haben.

Militäranwalt: Exzellenz hatten also den Eindruck, dass diese Obstruktion eine taktische war?

Zeuge: Ja, den Eindruck hatte ich; sie haben ihre Obstruktion tatsächlich aufgegeben nach meinem Appell an ihren Patriotismus, den ich an sie über allerhöchsten Auftrag richtete. Von einer kaiserlichen Botschaft sollte man aber nicht reden.

Militäranwalt: Hat den Exzellenz eine Befristung für die Erledigung festgesetzt oder war diese Frist vielleicht durch die Annahme der Wehrreform in Ungarn gegeben?

Zeuge: Ich glaube nicht, dass ich den Ausdruck Befristung gebraucht habe. Ich wollte nur sagen, es war durch die Erledigung der Wehrreform in Ungarn für uns eine unbedingte Pflicht geworden, sie auch bei uns zu erledigen. Die Beratungen drohten schon im Ausschuss ungeheuer schleppend zu werden. Ich habe daher alle Parteien zusammengerufen und ihnen in sehr energischen Worten die Sachlage klargelegt.

Militäranwalt: War da nicht zu entnehmen, dass keine Partei im Stande gewesen wäre, das Zustandekommen der Wehrreform zu verhindern? Hätte die Regierung andere Wege gefunden? Wäre eine Partei im Stande gewesen, das Zustandekommen zu verhindern?

Zeuge: Ja, die Sache ist so. Das Wehrgesetz hätte ja ohneweiters mit dem Paragraph 14 gemacht werden können, mit Ausnahme des § 13. Dieser Paragraph hat nämlich das Rekrutenkontingent auf die Dauer von 10 Jahren festgesetzt. Dieser Paragraph konnte wenigstens war damals die Auffassung - mit dem Paragraph 14 nicht gemacht werden. Es ist dies eine strittige Auffassung. Es gibt eine ganze Menge Literatur darüber, ob in diesem Falle eine 2/3 Majorität notwendig ist oder nicht. Nun ist immer vom Präsidenten des Abgeordnetenhauses erklärt worden, bei allen Wehrgesetzen die wir bisher gehabt haben - und wir haben ja bereits 3 oder 4 gehabt, dass bei einer längeren Dauer des Termines, zu welchem die Rekrutenkontingente festgesetzt werden, als ein Jahr, eine 2/3 Majorität nötig ist. Es kommt das davon her, dass es im Staatsgrundgesetz über die Reichsgesetzgebung heisst, dass die jährliche Bewilligung der Rekruten der Beschlussfassung des Reichsrates

vorbehalten sei. Wenn also die Anzahl der Rekruten nicht für ein Jahr, sondern gleich für 10 Jahre festgesetzt wird, so wäre dies eine Abänderung des Staatsgrundgesetzes über die Reichsgesetzgebung und eine solche Aenderung braucht zweidrittelmajorität. Nun kann aber der § 14 nicht in Anwendung kommen bei der Abänderung des Staatsgrundgesetzes, so wurde es wenigstens nach der bisherigen Auffassung gehandhabt. Nach der bisherigen Praxis war also das Wehrgesetz mit dem § 14 nicht zu machen und konnte nicht ohne parlamentarische Behandlung erledigt werden. Allerdings hat man ja dann im Jahre 1914 einen Ausweg gefunden. Das war bei folgender Angelegenheit. Das Rekrutenkontingent, das im Jahre 1912 für 12 festgesetzt wurde, hat schon im Jahre 1913 nicht mehr ausgereicht. So hat man dann im Jahre 1914 in Ungarn das Rekrutenkontingent für weitere 10 Jahre auf parlamentarischem Wege erhöht, ohne dass wir in Oesterreich dasselbe hätten machen können. So hat man daher im Jahre 1914 mit Hilfe einer kaiserlichen Verordnung einen Ausweg gefunden. Man hat nämlich 2 Artikel geschaffen. Man hat was das erste Jahr betrifft, die Rekrutenzahl im Artikel 1 festgesetzt, was die übrigen Jahre betrifft hat man mit Artikel 2 gesagt, dass die Regierung dafür zu sorgen habe, dass dafür vorgesorgt werde, dass in den folgenden Jahren die Ziffer so und so erhöht wird. Man hat also die Parität mit Ungarn so gewährt, dass zwar von 10 Jahren gesprochen aber die Rekrutenziffer nur für das eine Jahr fixiert und bei uns mit kaiserlicher Verordnung festgesetzt wurde. Also einen Ausweg hätte man schon gefunden, wenn ein parlamentarischer Weg nicht zustande gekommen wäre.

Dr. Kramar: Können Exzellenz sagen, ob die jungezechische Partei bei Erledigung der Wehrreform Konzessionen bekommen hat?

Zeuge: Nein.

Dr. Koerner: Ich bitte Exzellenz welchen Standpunkt nahm die Regierung zu den deutsch-zechischen Ausgleichsverhandlungen ein - ich meine in dem Sinne: hat die Regierung diese Angelegenheit mehr als eine Angelegenheit der beiden Parteien oder mehr als ein Staatsinteresse betrachtet?

Zeuge: Die Regierung hatte naturgemäss ein bedeutendes Interesse daran, dass der Ausgleich zustande kommt, weil wir dann geordnete Verhältnisse gehabt hätten, und das wäre gewiss von grosser Bedeutung für den Staat gewesen. Allerdings hat man den Weg gewählt, eben einen Ausgleich zu schaffen, d.h. ein Werk zu schaffen, bei dem beide Parteien miteinander verhandeln, und bei dem konzidiert wird von beiden Seiten. Es war eben ein Ausgleich gedacht, gewissermassen ein Vertrag von Volk zu Volk, weil man gedacht hat, auf diese Weise eine bessere Gewähr für den dauernden Bestand dieses Werkes zu haben.

Dr. Kramar: Ich muss noch einmal auf die Angelegenheit der Konzessionen für die Wehrreform zu sprechen kommen. Es hat seinerzeit der Herr Militärkanzler die Behauptung aufgestellt, dass ich speziell die Staatshilfe für die Semiler Sparkasse in Zusammenhang damit herbeigeführt habe,

Zeuge: Das stimmt nicht. Es ist richtig, dass Abg. Dr. Kramar ein oder zweimal in der Angelegenheit der Semiler Sparkassen interveniert hat. Es war auch im Jahre 1912. Ich kann mich daran erinnern, dass er bei mir 2 oder 3 mal interveniert hat. Die Semiler Sparkassa war damals nämlich in Geldverlegenheiten. Es war das eine grosse Sache, weil die Gemeinde hätte das Defizit bezahlen müssen und das eine Erhöhung der Umlagen um 1000% bedeutet hätte. Das war ja unmöglich, das durfte nicht geschehen. Da wäre die ganze Wirtschaft in der Gemeinde brachgelegt worden und da hat damals Dr. Kramar bei mir interveniert. Es wurde damals eine Staatshilfe nicht in Anspruch genommen, sondern die Sparkassen haben eine Garantie für die Semiler Kassa geschaffen, so dass

der Zusammenbruch verhindert wurde, aber im Zusammenhang mit der Wehrreform stand das nicht.

Militäranwalt: Haben die Abg. Markov, Masaryk, Kurylowitsch eine Obstruktion gegen das Wehrgesetz gemacht?

Zaugg: Ich kann mich nicht erinnern, das war so ein Kollegium von Dreien, das kaum in Betracht kam.

Vorsitzender: Sie waren Hospitanten bei den Nationalsozialen.

Zaugg: Ich weiss nicht, ob die Nationalsozialen sich der Obstruktion angeschlossen haben. Ich glaube nicht, dass sie Obstruktion gemacht haben. Allerdings haben sie ganz sicher nicht dafür gestimmt.

Militäranwalt: Erinnern sich Exzellenz daran, als gleich im Anfang ihrer Tätigkeit als Stellvertreter des Ministerpräsidenten Stürgka die Wehrreform auf die Tagesordnung kommen sollte, das damals eine Abstimmung im Abgeordnetenhaus war und ob sich nicht damals die Jungtschechen von dieser Abstimmung absentiert haben?

Zaugg: Davon weiss ich nichts. Ich erinnere mich aber, dass wir die Wehrreform im Ausschuss im Monat Juni durchgebracht haben, dann konnte sie glaube ich, ziemlich anstandslos auf die Tagesordnung gebracht werden. Es war in einer Gemüthskonferenz nur die Frage davon, ob das Budgetprovisorium vor oder nach der Wehrreform verhandelt werden sollte. Die Regierung stand damals auf dem Standpunkte, dass in Anbetracht der Wichtigkeit der Wehrreform diese den Vorrang haben müsse, und so ist es auch geschehen.

Militäranwalt: Und bei dieser Gelegenheit waren in der Gemüthskonferenz kleine Differenzen oder vielleicht später im Hause?

Zaugg: Ich kann mich nicht erinnern, jedenfalls müssen diese Differenzen keine bedeutenden gewesen sein, ich müsst mich doch an wichtige Vorkommnisse erinnern.

Dr. Kramer: Ich möchte Exzellenz bitten, zu sagen, ob überhaupt ich oder meine Partei zu irgend einem Zeitpunkte gegen die Erledigung der Wehrreform aufgetreten sind?

Zaugg: Der Wehrreform hat die Partei des Dr. Kramer keine Schwierigkeiten gemacht.

Vorsitzender: Das nächste Beweissthema betrifft den Besuch des Abg. Mastalka bei Euer Exzellenz. Wurde er von Exzellenz eingeladen?

Zaugg: Nein. Er ist eines Tages zu mir gekommen, ich glaube es war gelegentlich einer Tagung der Staats-Schulden-Kontrollkommission und da hat er mir ein Petit vorgebracht. Er war wohl 2 oder 3 mal in dieser Angelegenheit bei mir. Entweder war es wegen der Sparkasse in Semil, wegen der wieder etwas gewünscht wurde, oder in einer anderen Angelegenheit.

Vorsitzender: Es war wegen der Auflösung eines Scholervereines?

Zaugg: Ja, deshalb ist er zu mir gekommen. Diese Gelegenheit habe ich benützt um ihn aufmerksam zu machen über die Vorkommnisse in der böhmischen Bevölkerung. Nachdem ich schon früher mit dem Ministerpräsident und dem böhmischen Statthalter darüber gesprochen habe, und sie gemeint haben, es wäre vielleicht ganz gut, einmal den Herren vorzuhalten, was da alles für Erscheinungen vorgekommen sind, damit die Herren doch wissen, was zu tun wäre um diesen Erscheinungen entsprechend entgegen zu treten. Ich habe darüber, über den Inhalt meiner Unterredungen mit Abg. Mastalka insofern eine Aufzeichnung, als ich darüber kurze Zeit darauf an den Statthalter von Böhmen einen Brief geschrieben habe den ich auch schon im Ermittlungsverfahren dem Herrn Militäranwalt übergeben habe. Es ist also damals Abg. Mastalka zu mir gekommen. Ich habe ihn gefragt, was er dazu meint, und er hat mir erklärt, es liege ja gar nichts vor. Es seien ja vielleicht einzelne Fälle vorgekommen, dafür könne man ja nicht die Gesamtheit verurteilen. Die Leute wären bisher immer gewohnt gewesen zu reden und zu schreiben was sie wollten und da sind halt jetzt einige Dinge vorgekommen. Und so

habe ich ihm dann mit entsprechender Vorsicht einiges über das Vorgehen der Czechen im feindlichen Auslande, auch in Amerika und der Schweiz erzählt, dann habe ich ihm Daten gegeben über die Haltung der Presse im Auslande, dann über die Bildung der czechischen Legion, in Russland und Frankreich, schliesslich auch über gewisse Vorkommnisse bei den Truppenkörpern. Ich habe mir auch einen ganzen Stoss Akten kommen lassen, habe ihm daraus diese Sache vorgehalten und habe auch an ihn einen Appell gerichtet, dass alle vernünftigen Leute sich doch anstrengen sollten und dass namentlich die Führer sich doch bemühen sollten eine Wiederholung dieser Vorfälle hintanzuhalten. Er hat mich dann auch um die Ermächtigung gebeten, die ihm von mir mitgeteilten Daten in einem kleineren Kreise zur Sprache bringen zu können und hat mir gesagt, er werde sich bemühen. Tatsächlich hat er auch einen kleinen Kreis zusammengerufen, darunter war auch Fürst Schwarzenberg. Ich habe später davon erfahren. Das ist also der Grund und der wesentliche Inhalt des Gespräches mit dem Abg. Mastalka.

Vorsitzender: Sind die Daten amtlicher Natur gewesen, die Exzellenz Herrn Abg. Mastalka vorgehalten haben?

Zeuge: Ja. Ich habe naturgemäss eine Anzahl von Daten gehabt. Ich habe mir einen Stoss Akten bringen lassen, habe mir einzelne Fakten mit entsprechender Vorsicht ausgewählt und um den Abg. klar zu machen, dass es sich hier nicht nur um Erzählungen handelt, sondern um konkrete Sachen, habe ich ihm auch Namen genannt und einzelne Fälle z.B. die Geschichte des Herrn Pavlu, dann die Geschichte des Herrn Kopicek und Tucek u.s.w.

Vorsitzender: Es ist eine ganze Reihe von Akten hier erliegend, die damals Exzellenz dem Abgeordneten vorgelesen haben. Es sind darunter auch Ausschnitte aus der Petersburger Zeitung Tschecho-Slovak. Sind die darin enthaltenen Artikel namentlich über die russischen Proklamationen und über die Proklamationen der Czechen im Auslande und solche Umstände, die Exzellenz dem Abgeordneten vorgehalten haben?

Zeuge: Ich weiss nicht gerade ob sich so viele Details ihm vorgehalten habe, aber speziell die Proklamationen der Czechen in England und Frankreich, in welchen sie die czechische Bevölkerung gegen die Dynastie und den Staat aufreizen versuchten habe ich ihm sicher mitgeteilt. Dann habe ich ihm auch genauer vorgehalten die Sache von der Deputation, die zum Zaren gegangen ist um ihn für die Befreiung der böhmischen Länder zu gewinnen, bald nach Ausbruch des Krieges, alle diese Dinge habe ich ihm vorgehalten.

Vorsitzender: Und wie wurde das vom Abg. Mastalka angenommen?

Zeuge: Ich kann mich erinnern, dass er mir gesagt hat, wir haben böhmisch gesprochen & Zedem er hat mir gesagt, ich bin ganz niedergeschmettert von dieser Nachricht und hat mir dazu gesagt, das sind ja die auswärtigen Czechen, die haben ja immer ohne Verbindung mit ihrem Vaterlande gelebt. Dann haben wir bei Beginn des Krieges nicht Gelegenheit gehabt mit ihnen in Kontakt zu treten und daher sind wir nicht in der Lage gewesen, auf sie einzuwirken. - Das ist das was im wesentlichen Abg. Mastalka dazu bemerkte.

Vorsitzender: Haben Exzellenz Abg. Mastalka nicht auch Dinge aus dem Hinterlande vorgehalten?

Zeuge: Ja selbstverständlich. Ich habe ihm vorgehalten von den Manifesten, die in Böhmen und Mähren in grosser Menge verteilt worden sind und dann habe ich ihm aufmerksam gemacht auf die grosse Zahl von hochverräterischen Aeusserungen und die zahlreichen Verurteilungen, die deshalb erfolgen mussten.

Vorsitzender: Auch die Vorkommnisse bei Truppenkörpern?

Zeuge: Bei Truppenkörpern auch. Er hat sich dem gegenüber darauf

berufen, dass ihm schon der Kriegsminister gewisse Andeutungen gemacht hat.

Vorsitzender: Haben Exzellenz vielleicht die Vorgänge im 28. Infanterie & Regimente erwähnt?

Zeuge: Ich weiß nicht, ob mir das schon damals bekannt war, ich weiß auch nicht, ob ich die Sache hier zur Sprache bringen kann.

Vorsitzender: Es genügen mir vollkommen diese allgemeinen Angaben darüber, es werden ja dann die Berichte darüber verlesen werden. Nun, in welcher Weise sollte denn Abg. Mastalka auf seine Landsleute einwirken? Ist darüber auch etwas gesprochen worden?

Zeuge: Ich bin ihm gegenüber von dem Standpunkte ausgegangen, dass auch die Czechen doch einsehen müssen, dass alle ihre künftige Politik und ihre ganze Zukunft nur in Oesterreich gelegen sein

kann und dass sie sich dementsprechend verhalten sollen. Das habe ich ihm auch vorgehalten, er hat es auch selbst zugegeben, da dass die russophilen Bestrebungen keine Berechtigung haben, er hat immer wieder betont, dass es sich doch nur um einzelne Fälle handelt. Ich habe ihn gebeten, es möchten doch befreundete Persönlichkeiten zusammentreten und in diesem Sinne wirken und habe ihm auch gesagt, dass es nicht nur nötig ist dies zu machen, sondern auch der ständige Einfluss auf die Bevölkerung notwendig ist. Er hat sich selbst bereit erklärt hiesu, und von mir die Unterstützung verlangt, zunächst im kleinen Kreise die Angelegenheit zu besprechen.

Vorsitzender: Nun hat Abg. Mastalka angegeben und zwar wörtlich, dass er im Hinblick auf die Erfahrungen, die in der Svina-Affäre gemacht wurden, diese Mitteilungen ihm unangenehm und crückend waren und dass er sie schon deshalb seinen Bekannten mitteilen wollte, weil er nicht als ein Vertreter der Regierung angesehen werden wollte.

Zeuge: Das kann schon sein.

Vorsitzender: Sind Exzellenz Anhaltspunkte bekannt, dass er da sozusagen in ein gewisses Vertrauen gezogen werden sollte?

Zeuge: Nein, das nicht. Ich habe ihm ja selbst ermächtigt über die Mitteilungen, die ich ihm gemacht habe, seinen Parteifreunden Kenntnis zu geben. Ich habe ihm das durchaus nicht gesagt um den Abg. Mastalka zu informieren für seine Person, sondern damit er weitere Mitteilungen macht und alles geschieht um künftig eine Wiederholung hintanzuhalten.

Vorsitzender: Haben sich Exzellenz eine Wirkung von Ihren Mitteilungen versprochen? Haben sie auch über die Mittel mit ihm gesprochen, welche zu diesem Zwecke in Anwendung zu kommen haben?

Zeuge: Nein, darüber haben wir nicht ausdrücklich gesprochen. Aber es war ja naturgemäß das gemeint war, dass sie in die einzelnen Bezirke gehen möchten und dort auf die Bevölkerung einwirken sollten. Deshalb habe ich ihm ja auch die betreffenden Gegenden genannt, wo solche Vorkommnisse häufig bemerkt wurden.

Vorsitzender: War als Mittel zu dieser Einwirkung irgend wie die Presse ausgeschlossen worden?

Zeuge: Ja diese Sache hat immer zwei Seiten. Einerseits wäre es ja gut solche Dinge offen zur Sprache zu bringen weil man dann besser dagegen auftreten und vielleicht auch vorbeugen könnte. Andererseits aber muss man mit Rücksicht auf das feindliche Ausland und den Eindruck, den so etwas dort machen könnte, solche Mitteilungen unterlassen.

Vorsitzender: War dies auch bezüglich solcher Presserzeugnisse gemeint, von denen man annehmen kann, dass sie infolge ihrer geringen Bedeutung nicht ins Ausland gelangen?

Zeuge: Wenn auch solche Zeitungen selbst nicht ins Ausland gelangen, so würden doch Zitate aus dem betreffenden Artikel aufgenommen werden. Wir haben übrigens in dieser Angelegenheit einen Erlass des Ministeriums des Innern herausgegeben, dass die Presse

die Pflicht habe während der Kriegsdauer für den Kriegszweck zu wirken, ohne Unterschied der Partei und für die Erreichung der Kriegsziele unbedingt mitzuwirken. Wir haben daher verlangt, dass alle Behörden dahin wirken mögen, dass nicht bloss alle ungünstigen Kritiken und schädlichen Äusserungen unterlassen werden mögen, sondern dass die Presse auch verpflichtet werden möge, jetzt auch Dinge aufzunehmen, die direkt patriotisch sind und im Interesse des Kriegsziels gelegen sind. Das kann man jetzt in der Kriegszeit tun, wo die Presse mundtot gemacht worden ist.

Vorsitzender: Abg. Mastalka hat sich auch darauf berufen, dass man jetzt in der Presse nichts machen könnte, weil das konfisziert würde, er habe um die Ermächtigung gebeten die Tatsachen 2 oder 3 Personen mitteilen zu dürfen und dabei ist es geblieben. War diese Art den Intentionen Burer Exzellenz entsprechend?

Zeuge: Ich habe ihm das ja übel genommen, ich hätte vorausgesetzt, dass in dem Sinne weiter vorgegangen wird, tatsächlich hat ja auch die Presse ihr Verhalten gebessert. Ob da die Zensur daran schuld war oder ob das ein Erfolg dieser Besprechung war, das weiss ich nicht, jedenfalls wurden die Verhältnisse besser als bei Ausbruch des Krieges; Wo überhaupt die Bevölkerung noch nicht die notwendigen Konsequenzen gezogen hatte nach einer so langen Friedenszeit und sich an den Kriegszustand und die notwendigen Folgen noch nicht gewöhnt hatte.

Vorsitzender: Dann hat Abg. Mastalka auch hier darauf hingewiesen und gesagt, ja wenn man uns hätte hinausfahren lassen, so hätten wir ja wirken können, aber das wurde uns ja nicht erlaubt. Ist Exzellenz etwas darüber bekannt?

Zeuge: Verhindert wurde gewiss niemand. Namentlich ist es doch sicher wenn jemand gekommen wäre und hätte gebeten, er wolle reisen um den Czechen im Auslande den Kopf zurechtzusetzen, dass man ihm natürlich eine laissez-passe mit allen möglichen Empfehlungen gegeben hätte. Ich habe von einem Hindernis nie etwas gehört. Es ist doch nur logisch, dass wenn jemand zu diesem Zwecke hinausgehen will, man ihn nach Möglichkeit fördert. Hätte ich davon erfahren, so hätte ich natürlich alles getan, um es zu erleichtern.

Vorsitzender: Dann ist auch davon gesprochen worden, dass es veräussert wurde, eine loyale Kundgebung der czechischen Abgeordneten zu veranstalten und dass es jetzt nicht mehr zweckentsprechend gewesen wäre!

Zeuge: Ich habe das selbst dem Abg. Mastalka gesagt und auch davon gesprochen, ich halte es für einen der grössten Fehler, die je von Seiten der czechischen Politiker gemacht worden sind, dass nicht die czechischen Parteien gleich zu Beginn des Krieges zusammengetreten sind und nicht gleich ganz klar und offen erklärt haben, dass sie sich voll und ganz für die Kriegsziele einsetzen. Darin liegt gewiss mit die Schuld, dass die Stimmungen die latent vorhanden waren, dann in so bedauerlicher Weise zum Ausbruch gekommen sind.

Vorsitzender: Abg. Mastalka hat hier gesagt, dass nicht davon die Rede war, dass noch eine Kundgebung veranstaltet werden sollte.

Zeuge: Vielleicht ist der Fehler geschehen, dadurch, dass präzise nichts darüber gesagt wurde. Jedenfalls habe ich auf ihn eingewirkt, dass er in vernünftiger Weise tätig sein möge und er hat das auch in Aussicht gestellt.

Vorsitzender: Hier hat Abg. Mastalka als Zeuge angegeben, man könnte jetzt nicht so plötzlich mit einer Loyalitätskundgebung heraustrreten, weil man dadurch zugegeben hätte, dass irgend etwas in Böhmen nicht in Ordnung sei.

Zeuge: Nein an diese Begründung kann ich mich nicht erinnern. Darüber ist nichts gesagt worden.

Vorsitzender: Wäre einer solchen Kundgebung in der Presse auch seitens der Zensur ein Hindernis bereitet worden?

Zeuge: Das gewiss nicht.

Vorsitzender: Insbesondere wenn sie von politisch führenden Persönlichkeiten erlassen worden wäre.

Zeuge: Nein, ganz gewiss nicht.

Vorsitzender: Dann ist auch hier von dem Zeugen Abg. Baxa angegeben worden, dass gegen die Auflösung des 28. Inf. Reg. eine Art Protest vorgebracht worden sein soll. Ist darüber gesprochen worden?

Zeuge: Damals sicher nicht. Ich weiss auch nicht, ob damals schon überhaupt von diesem Vorfall gesprochen werden konnte, weil ich nicht mehr genau weiss, wann das bekannt wurde.

Vorsitzender: Der Fall war am Charfreitag.

Zeuge: Die Unterredung war unmittelbar vor Ostern, ich glaube, dass sie vor dem Falle des 28. Inf. Reg. stattfand.

Vorsitzender: Hat Abg. Mastalka irgendwie angedeutet, irgend ein Zeichen sehen lassen, ob er ihren Mitteilungen auch Glauben schenke oder nicht?

Zeuge: Es ist möglich, dass er eine solche Bemerkung machte, ob diese mitgeteilten Misse auch alle sicher seien.

Vorsitzender: Der Abg. Mastalka war also darüber informiert, dass das Material amtlich und zuverlässig ist?

Zeuge: Ja, in der Richtung war er genau informiert.

Militäranwalt: Hat Mastalka das erwähnt, dass Pavlu ein Redakteur der jungtschechischen Parteizeitung ist?

Zeuge: Nein. Ich habe ihm das gesagt, dass dieser markwürdigerweise gleich von den Russen ausgelassen wurde, was er dann alles unternommen hat und dass er Redakteur der "Narodni Listy" war. Mastalka hat mir damals gesagt, er kenne ihn gar nicht, er weiss gar nichts von ihm.

Militäranwalt: Wäre es nicht möglich gewesen, wäre der Weg vielleicht nicht gangbar gewesen, dass man diese Dinge nicht in der Presse sagt, die vorgekommen sind, sondern dass man einfach in der Zeitung darüber schreibt, es sei doch Pflicht der Tschechen mit allen Kräften für den Sieg der Zentralmächte einzutreten?

Zeuge: Ja gewiss, das wäre sicher sehr gut gewesen.

Militäranwalt: Wäre das vielleicht vor der Zensur unterdrückt worden?

Zeuge: Nein. Es hätte sich gewiss nie ein Zensor gefunden, der dem entgegengetreten wäre.

Militäranwalt: Wäre das nicht umso mehr nötig gewesen, weil doch früher bekanntlich von slavischer Seite die Beziehungen zu Russland innig gepflegt worden sind?

Zeuge: Ja ganz gewiss, diese Beziehungen sind im Frieden von einem anderen Gesichtspunkte aus gepflegt worden und haben in den Köpfen vieler Leute Verwirrung angerichtet und so schliesslich Erscheinungen ausgelöst, die sehr bedauerlich sind. Als typisches Beispiel schwebt mir z.B. Folgendes vor: Abg. Klotz hat einmal erklärt, ich glaube es war während des Balkankrieges im Abgeordnetenhaus, es würde sich kein tschechischer Soldat finden, der auf seine slavischen Brüder schiessen würde. Diese Erklärung ist dadurch, dass sie immunisiert war in zahlreichen Blättern fett abgedruckt worden und es haben sie Tausende und Tausende gelesen. Das hat natürlich eine grosse Verwirrung in den Geistern hervorgerufen. Deshalb wäre es naturgemäss nötig gewesen sofort bei Kriegsbeginn im entgegengesetzten Sinne zu arbeiten.

Dr. Koenner: Ist Exzellenz erinnerlich das in Böhmen, ungefähr nach dieser Zeit wo der Abg. Mastalka bei Exzellenz war, Kundgebungen stattfanden und zwar des böhmischen Städtetages und dann seitens einer Tagung der Bezirke? Sind diese im Sinne jener bei der Unterredung zwischen Exzellenz mit dem Abg. Mastalka erhaltenen Eindrücke veranstaltet worden?

Zeuge: An das kann ich mich wohl erinnern, dass solche Verhandlungen stattgefunden haben; speziell an die Versammlung der Bezirksvertretungen kann ich mich erinnern und dass dort der Statte

halter eine sehr patriotische Rede gehalten hat, in welcher er speziell darauf hingewiesen hat, dass der österreichische Staatsgedanke allen anderen vorgegestellt werden muss.

Dr. Koerner: Und wie haben sich die Vertreter der Städte verhalten?

Zeuge: Die Richtung der Kundgebung war dieselbe.

Dr. Koerner: Und die Kundgebungen haben wann stattgefunden?

Zeuge: Es war im Frühjahr oder Sommer unter dem neuen Statthalter, der hat diese patriotische Rede gehalten.

Dr. Koerner: Wann war Abg. Mastalka bei Euer Exzellenz?

Zeuge: Das dürfte im April der Fall gewesen sein.

Dr. Koerner: Hängt das mit der Rede des neuen Statthalters zusammen?

Zeuge: Ich weiss nicht genau, wann der neue Statthalter ernannt wurde.

Vorsitzender: Es wurde hier von einigen Journalisten vorgebracht, man sei durch die Bestimmung der Vorzensur zur Meinung gekommen, man brauche sich nicht besondere Mühe zu geben, da ja alles der Behörde vor der Drucklegung gezeigt werde, dass diese ja herausnehmen müsse was nicht passt und dass überhaupt daher die Behörde die Verantwortung dafür habe, was gedruckt wird. Ja es kann daher der betreffende Schreiber, so meinten sie, mit weniger Umsicht einen Artikel schreiben, ist diese Auffassung berechtigt?

Zeuge: Nein, diese Auffassung war nicht berechtigt. Der Schreiber trägt natürlich die Verantwortung nach wie vor. Es kann ja von der Zensur nicht verlangt werden, dass sie auf alle besonderen Spitzfindigkeiten daraufkommt, wie solche ja vorgekommen sind. Wenn daher etwas durchschlüpft, so ist das vielleicht ein Fehler der Zensur, aber die Verantwortung des Schreibers besteht natürlich immer.

Vorsitzender: Ist Exzellenz etwas darüber anzugeben im Stande, dass man einen Anhaltspunkt dafür haben konnte, die Zensurbehörden sind angewiesen besonders streng vorzugehen und da braucht man sich selbst nicht besonders anzustrengen?

Zeuge: Ich kann mich nicht erinnern, je eine solche Auffassung von amtlicher Seite kennen gelernt zu haben, aber jedenfalls wird die Verantwortung desjenigen, der etwas geschrieben hat durch die Zensur nicht geändert und auch nicht dadurch, dass die Behörde etwa einen bestimmten Artikel nicht beanstandet hat. Ich möchte da ein Beispiel anführen. Es ist jetzt erst ein Blatt auf 14 Tage eingestellt worden, das schon seit längerer Zeit im Feuilleton derartig feingedrechselte Spitzfindigkeiten gebracht hat, dass man auch von dem besten Zensor nicht verlangen konnte, dass er sie entdeckt.

Dr. Kramer: Ich möchte mir eine Bemerkung erlauben. Ich habe die Zeugenaussage so verstanden, dass die Journalisten infolge dieser Anweisungen an die Polizeibehörde sich darauf verlassen haben, wenn ihnen etwas untergeschlüpft, so würde ja das sofort von der Zensur unterdrückt werden.

Vorsitzender: Das wäre dann ein absichtliches Durchschlüpfenlassen. Das kann man insbesondere bei einem intelligenten Journalisten nicht anders nanehmen.

Dr. Kramer: So war es nicht gemeint, sie glaubten nur, das sie keine Verantwortung haben.

Vorsitzender: Das war aber eben nicht richtig. Das hat seine Exzellenz auch hier gesagt, das ist ein alter Vorwurf der immer bei allen Fällen gemacht wird, wo eine Staatsaufsicht besteht, z.B. bei allen Aktiengesellschaften heisst es immer wenn etwas schief geht, so ist der Staat daran schuld, denn wenn der Staat die Aufsicht übernimmt, so trägt er auch die Verantwortung dafür, dass alles in Ordnung vor sich geht.

Dr. Rasin: Zu dieser Angelegenheit möchte ich bemerken, dass von

Vorsitzender: So ausschließlich war das nicht gemeint. Das hätte auch geschähen sollen.

Herrn Dr. Heller als Zeugen hier gesagt wurde, dass als alle verantwortlichen Redakteure zur Polizeidirektion berufen wurden, ihnen ausdrücklich gesagt wurde, dass die scharfen Bestimmungen zugunsten der Zeitungen geschehen, weil ja die Zeitungen nicht wissen können was sie schreiben dürfen und was nicht, weil oft in der letzten Stunde Weisungen kommen und dass es daher gut wäre, wenn die Vorzensur eingeführt wird. Die Aufträge, die von den Behörden an die betreffenden Zeitungen gekommen sind, wurden nie abgerufen, da ist es ja möglich dass die Redakteure versucht haben, ob schon dieser oder jener Stoff frei ist, z.B. vor der Kriegserklärung von Italien, da wurde in reichsdeutschen Blättern schon längst darüber geschrieben, während es in den österreichischen noch verboten war. Dann wurde auch schon in den österreichischen darüber geschrieben, aber während es in Wien schon durchgelassen wurde, ist es in Prag noch eliminiert worden. Am nächsten Tag wurde es auch in Prag durchgelassen ohne dass eine Bemerkung darüber gemacht wurde, dass man schon darüber schreiben darf.

Vorsitzender: Gewiss, es ist auch so zu verstehen, aber nebenher wurde auch der Standpunkt hier ausdrücklich vertreten, dass man nach Einführung der Zensur nicht so vorsichtig zu sein brauche, weil ja die Vorzensur alles Unpassende ohnehin wegnehmen würde.

Dr. Rasin: Die Mitteilung, mit der in Prag die Vorzensur eingeführt wurde, die hat dazu verleitet.

Vorsitzender: Ja, man hat sich darauf verlassen. Das ist eben nicht die richtige Auffassung.

Zeuge: Das ist nicht die richtige Auffassung. Die Verantwortung bleibt entschieden. Ich glaube auch nicht, dass es irgendwo in den Weisungen gestanden hat, dass man es im Interesse der Presse tun will, allgemeine Belehrungen zu geben.

Dr. Koerner: War es denkbar solche Weisungen zu erlassen, die erschöpfend angeben was durchgelassen werden könnte und was nicht?

Zeuge: Das ist ausgeschlossen.

Dr. Koerner: Kommt das nicht auch vor, dass sich die Anschauungen ändern? Ich erinnere nur daran, dass jetzt die feindlichen Generalstabsberichte gedruckt werden können und früher war das verboten?

Zeuge: Ja, es ist zweifellos richtig, dass das Abdrucken der feindlichen Generalstabsberichte früher nicht zugelassen war. Dafür waren militärische Gründe massgebend, daher kann ich auch selbst darüber nichts aussagen. Von Zeit zu Zeit wurden Weisungen hinausgegeben, und zwar ganz konkrete Weisungen, aber erschöpfend konnten sie naturgemäss nicht sein.

Militäranwalt: Ich möchte mir erlauben noch eine Frage bezüglich der Klarlegung des Datums jener Kundgebungen der czechischen Städte und Bezirksvertretungen an Exzellenz zu richten. Ich weiss nämlich genau, dass sie schon nach der Verhaftung des Dr. Kramar stattfanden. Dr. Kramar wird sich gewiss erinnern, dass ich ihm im Verlaufe der Voruntersuchung vorgehalten habe; Schauen sie, jetzt gibt es solche loyale Kundgebungen, warum haben sie keine solchen veranstaltet?

Dr. Kramar: Das will ich ja gar nicht in Abrede stellen. Ich habe ihnen ohnehin darauf gesagt, dass ich dafür war. Die ganzen Beratungen über diese Frage waren im April oder Mai und um solche Sachen zustandezukommen zu lassen, die Einberufung einer Tagung von Bezirksvertretung und Städten, das kann ja nicht im Handumdrehen geschehen. Ich habe damals ja sofort gesagt, dass es gemacht werden soll, Exzellenz hat es ja auch hier als Zeuge gesagt, dass es am besten wäre wenn einzelne Persönlichkeiten in gewissen Gegenden die Bevölkerung beeinflussen würden.

Vorsitzender: So ausschliesslich war das nicht gemeint. Das hätte auch geschehen sollen.

Dr. Kramer: Das muss ich aber schon sagen für die Abgeordneten, und dabei bleibe ich, war die Parlamentstribüne der einzige Ort, wo eine derartige Kunggebung am Platze gewesen wäre.

Militäranwalt: Ich möchte an Dr. Kramer die Frage richten, ob er wusste, was für Behauptungen über das Verhalten der czechischen Bevölkerung, Truppenkörper u.s.w. aufgestellt worden waren.

Dr. Kramer: Nein, vor meiner Verhaftung waren mir solche Tatsachen nicht bekannt.

Vorsitzender: Es können ja die Zeitungen vorgelegt werden, die Exzellenz dem Abg. Mastalka gezeigt hat, es ist sicher nicht richtig, dass Exzellenz gemeint hätte, dass nur jene Bezirke hätten etwas tun sollen, wo solche Vorkommnisse zu bemerken gewesen sind, sondern da hätten insbesondere jene Personen einwirken sollen, welche auf die Bevölkerung einen Einfluss haben.

Zeuge: Zu diesem Zwecke habe ich ja eben dem Abg. Mastalka jene Bezirke genannt.

Dr. Kramer: Ich möchte mir noch eine Frage an Exzellenz erlauben. Ich möchte wissen, ob er in dieser Zeit wo er Minister des Innern war, je irgend einen Polizeibericht bekommen hat über etwas staatsgefährliches, das ich unternommen hätte, ob er sich daran erinnert, ob er sich Vorstellungen darüber gemacht hat, dass etwas derartiges vorgekommen ist, ob er etwas derartiges etwa über meine Reisen ins Ausland gehört hat?

Zeuge: Ich war vom Jahre 1911 bis 1915 Minister des Innern und als solcher Chef der Staatspolizei. Während dieser Zeit habe ich meines Erachtens keinen solchen Bericht bekommen. Einmal habe ich wohl einen Bericht bekommen, dass Dr. Kramer in Paris war. Es war während des Balkankrieges, das hat mir aber Dr. Kramer selbst im Parlament erzählt.

Dr. Koerner: Haben Exzellenz je verfügt, dass Dr. Kramer polizeilich überwacht wurde?

Darüber dürfte wohl eine Entbindung vom Eide nicht erfolgt sein.

(Vorsitzender)

Zeuge: Ja, ich glaube über die Tätigkeit des Dr. Kramer in der inneren Politik auszusagen. Ueber diese Tätigkeit habe ich nicht auszusagen, weil ich in dieser Hinsicht nicht vom Eide entbunden bin. Ich bin nur über die mir vorher mitgeteilten Beweisthemen entbunden worden. In dieser Hinsicht glaube ich nicht, des Amtsgeheimnisses entbunden zu sein.

Dr. Koerner: Da kann ich nichts machen.

Vorsitzender: Ist Exzellenz überhaupt erinnerlich, ob die gesamte slavische Bewegung überhaupt amtlich überwacht wurde? Ob Beobachtungen angestellt wurden, ob geschichtliche Daten in Evidenz gehalten wurden, etwa auf Grund der Tageszeitungen, Bücher, Broschüren, der Kongresse etc. was eben mit einer grossen Bewegung zusammenhängt? Ist da überhaupt eine kontinuierliche Beobachtung durchgeführt worden?

Zeuge: Die ganze Bewegung ist naturgemäss staatspolizeilich stets beobachtet worden.

Vorsitzender: Ist auch Exzellenz regelmässig Bericht erstattet worden, insbesondere über die neoslavische Bewegung?

Zeuge: Die neoslavische Bewegung hat ja zu meiner Zeit schon aufgehört gehabt. Es war ja im Jahre 1911 / 12, die panslawistischen Strömungen sind aber selbstverständlich beobachtet worden,

und fortwährend wurde über die Erfahrungen darüber aus dem Auslande und Inlande berichtet. Die Nachrichten hatten hauptsächlich Bezug auf die russophile Bewegung in Galizien, wo Russland damals schon in Vorahnung des kommenden Krieges eine ungeheure Tätigkeit entwickelte. Ebenso wurden die Strömungen zur Zeit des Balkankrieges genau verfolgt, die ja eine Belegung aller dieser Bestrebungen ausgelöst haben, namentlich unter den österreichi-

echen Slawen. Alle diese panslawistischen Bestrebungen wurden stets staatspolizeilich beobachtet und erfasst.

Militäranwalt: Darf ich vielleicht noch Exzellenz fragen, Exzellenz fragen, haben früher erwähnt, die neoslavische Bewegung habe damals schon aufgehört. Kennen Exzellenz den Namen Brancaninow und die von ihm herausgegebenen Zeitschriften? Und wissen Exzellenz von den Beziehungen des Dr. Kramer zu ihm von den Artikeln, die Dr. Kramer in seine Zeitung Nowoje Eveno geschrieben hat und davon, dass dieser Brancaninow die neoslavische Bewegung fortgesetzt hat.

Zeuge: Nein, diese Beziehungen des Dr. Kramer zu Brancaninow kenne ich nicht. Brancaninow kenne ich wohl als Schriftsteller. Mit meiner vorigen Bemerkung habe ich nur sagen wollen, dass die neoslavische Bewegung durch die russisch-panslawistische Bewegung erschlagen worden ist, dadurch, dass die panslawistische Bewegung sich des politischen Gebietes vollständig bemächtigt hat, hat die neoslavische Bewegung eine kürzere Lebensdauer gehabt. Diesen Eindruck habe ich aus den Berichten gewonnen.

Militäranwalt: Exzellenz hatten also von der Fortführung des Neoslavismus durch den Brancaninow keine Kenntnis?

Dr. Kramer: Ich möchte nur bemerken, dass das keine Fortführung war und keine Fortführung sein konnte, weil der Brancaninow absolut kein Recht dazu hatte, den Neoslavismus fortzuführen.

Vorsitzender: Das ist Ansichtssache.

Auf die Beerdigung wird seitens der Verteidigung und der Militäranwaltschaft verzichtet.

Ich gebe mich der angenehmen Erwartung hin, dass meine heutigen Mitteilungen das Interesse Eurer Exzellenz gefunden haben und zeichne mit dem Ausdrucke meiner ausgezeichneten Hochachtung

Jul. Benesch

Herausgeber der deutsch-böhm. Corr..

Es ist mir sehr angenehm, dass die Tschechen wohl in die Tasche gesteckt haben und die ihre eigene Sache gemacht wurde, dass aber trotzdem die wichtigste Sprachrohr der Tschechen, die Harodni listy, die grössten Dunkelheiten begehrt und zwar auf einem Gebiet, wo es am wenigsten Brenne und wo der geringste Gewinn beschaffen werden könnte, aber wo es an den höchsten Stellen, und das mit Recht, am meisten wehe tue und den Tschechen schade. Das sei die verfluchte Balkanpolitik, wo gegen den eigenen Staat ein jeder bosnische Hochstapler oder montenegrinischer Räuber zuhause genommen wurde und wo den hochverräterischen und revolutionären Versuchen irgend welcher Serben eine Stütze verschafft wurde. So werde das in den Harodni listy tradiert. Die innere Politik sei teils anständig und staatsmännisch, die auswärtige direkt hochverräterisch. Dieses Urteil das bedeutenden tschechischen Führer über das Doppelspiel der Harodni listy ist bezeichnend und verdient umso mehr Beachtung, als Dr. Kramer in seinem Brief an den Statthalter Fürsten Thun zum Neujahr 1915 auf die jahrelange Haltung dieser Zeitung in der Vergangenheit Bezug nimmt, um die Haltung der Zeitung während des Krieges zu rechtfertigen. Aus Briefen des Reich an Skarda und an Dr. Kramer vom 24. Juni 1898 ist zu entnehmen, dass General Komarov, der Vater des Journalisten, welcher am Prager Kongress vom Jahre 1906 teilnahm und die in der Anklage erwähnte, an Dr. Kramer eingesandte hochverräterische Schrift verfasste, bei der Grundsteinlegung zum Palacky-Denkmal

E u e r E x z e l l e n z !

In Ergänzung der Beweisangebote, welche der Militäranwalt bereits in der Anklageschrift gestellt hat, wurde von ihm am 19. Jänner d.J. eine Reihe neuer Beweisangebote gestellt und begründet, denen vom Gerichte zum grössten Teile trotz des Einspruches der Verteidigung stattgegeben wurde.

Im Nachfolgenden beehre ich mich, die wichtigsten dieser neuen Beweisangebote, welche, wie der Militäranwalt ausführt, "zur Widerlegung der Rechtfertigung der Angeklagten und zur Unterstützung der erhobenen Anklage" zur Durchführung in Antrag gebracht worden sind ihre Begründung bekanntzugeben. So wird verlangt:

Öffentlich

die Verlesung der im Buchhandel erschienenen K a i z l - Memoiren. Aus diesen wäre zu konstatieren: In dem Briefe Kaizls an Skarda vom 23. Febr. 1898 wird betont, dass Kaizl mit Dr. Kramar und "seinen überflüssigen Weisheiten bezüglich der auswärtigen Politik" grosse Verdriesslichkeiten habe, Ueberhaupt habe Kaizl den Eindruck als wäre Kramar Vasaty redivivus. "Jetzt sei nicht die Zeit zu löschen was uns (das ist die Tschechen) nicht brennt, id est Dreibundpolitik." Mit Bezug auf die Rechtfertigung des Angeklagten Dr. Kramar, dass Dr. Vasaty allein als Führer einer russophilen Bewegung in Böhmen anzusehen ist, ist es bezeichnend, dass der eigene Parteiführer Kaizl den Dr. Kramar diesem notorischen Russophilen gleichstellt. In einem anderen Brief an Skarda vom 26. Februar 1899 äussert sich Kaizl über einen Artikel des Dr. Kramar in der französischen Revue, welcher die Zukunft Oesterreichs behandelt, dass er (der Artikel) äusserst schädlich sei. Ueber die Narodni Listy schreibt Kaizl an Skarda am 25. Dezember 1898, dass sie eine halb-oder ganz antiösterreichische Politik mache und der Ruin der Tschechen sei. Ebenso schreibt er in einem Brief an Pacak vom 20. August 1898, dass die Tschechen wohl die Gleichberechtigung zuerst in die Tasche gesteckt haben und dass sie ihnen keiner mehr wognehmen werde, dass aber trotzdem das wichtigste Sprachrohr der Tschechen, die Narodni Listy, die grössten Dummheiten begehe und zwar auf einem Gebiet, wo es am wenigsten brenne und wo der geringste Gewinn beschieden sein könne, aber wo es an den höchsten Stellen, und das mit Recht, am meisten wehe tue und den Tschechen schade. Das sei die verfluchte Balkanpolitik, wo gegen den eigenen Staat ein jeder bosnische Hochstapler oder montenegrinischer Bube in Schutz genommen werde und wo den hochverräterischen und revolutionären Versuchen irgend welcher Serben eine Glorie verschafft werde. So werde das in den Narodni Listy tradiert. Die innere Politik sei teils anständig und staatsmännisch, die auswärtige direkt hochverräterisch... Dieses Urteil des bedeutenden tschechischen Führers über das Doppelspiel der Narodni Listy ist bezeichnend und verdient umso mehr Beachtung, als Dr. Kramar in seinem Brief an den Statthalter Fürsten Thun zum Neujahr 1915 auf die jahrzehntelange Haltung dieser Zeitung in der Vergangenheit Bezug nimmt, um die Haltung der Zeitung während des Krieges zu rechtfertigen. Aus Briefen des Kaizl an Skarda und an Dr. Kramar vom 24. Juni 1898 ist zu entnehmen, dass General Komarow, der Vater des Journalisten, welcher am Prager Kongress vom Jahre 1908 teilnahm und die in der Anklage erwähnte, an Dr. Kramar eingesandte hochverräterische Schrift verfasste, bei der Grundsteinlegung zum Palacky-Denkmal

im Monate Juli 1898 eine staatsfeindliche Rede in Prag gehalten hat. Aus den Kaizl Briefen wäre weiters zu konstatieren, dass nach dem Aufgeben der Abstinenzpolitik im Jahre 1879 die opportunistische oder positive Politik im Interesse des tschechischen Volkes und zwar mit grossem Erfolg gemacht wurde. Dann wird die Verlesung der Rede des Abgeordneten Daszynski aus dem stenografischem Protokoll des Abgeordnetenhauses, 19. Session, 22. Sitzung, 3./6. 1909 beantragt. Daraus wäre zu konstatieren, dass dem Abg. Dr. Kramar mit Bezug auf seine Reise nach Russland und seine russophilen Bestrebungen eine falsche Aufrichtigkeit vorgeworfen wird, auf welche der Redner verächtlich herabsieht. Ferner dass dem Abgeordneten Hlibovitzki, welcher an den Reisen nach Russland teilnahm und von der Verteidigung als Zeuge für die Hauptverhandlung in Antrag gebracht wurde, der Vorwurf gemacht worden ist, dass er von politischen Präsenzmärken aus Petersburg und Moskau lebe.

Ferner beantragt der Militäranwalt die Verlesung der unter den Schriften des Prof. Massaryk beschlagnahmten, in Petersburg am 11./14. Juni 1908 erschienenen Schrift "Votum separatum" Nr. 4., und zwar des Artikels "Der jetzige Panslavismus" von Ladislav Studnicki. Aus dieser Schrift würde festgestellt, dass der Neoslavismus schon bei seiner Begründung als versteckter Panslavismus angesehen wurde, und dass nach Ansicht des Verfassers die Annäherung Russlands an die österreichischen Slaven ebenso gut zu einem russisch-österreichischen Bündnis wie auch dazu führen könne, dass Oesterreich ein Vasallenstaat Russlands werde, oder auch, dass es zu einer Aufteilung Oesterreichs komme. In der Schrift wird Dr. Kramar als notorischer Moskalophile bezeichnet und es wird über die anderen Führer der Bewegung ein gleiches Urteil gefällt. Es wird hervorgehoben, dass die Initiatoren des slavischen Kongresses im Einverständnis mit Stolypin gehandelt haben, welchem man die Liste der zu den Feierlichkeiten in Petersburg eingeladenen Personen zur Bestätigung vorlegte. Es wird auch erwähnt, dass Dr. Kramar den Schein der Loyalität gegenüber Oesterreich zu wahren suchte und für den Augenblick (vorläufig) das Zerreißen Oesterreichs nicht anstrebe, sondern die Befestigung des tschechischen Einflusses und die Erlangung des böhmischen Staatsrechtes. Der Verfasser erklärt jedoch, dass ein Bündnis Oesterreichs mit Russland, welches Oesterreich der natürlichen Stütze von Seiten des deutschen Reiches berauben würde, unvermeidlich zur Aufteilung Oesterreichs zwischen Russland und Deutschland führen müsste. Diese Schrift erbringt den Beweis, dass schon damals die grosse Gefahr der neoslavischen Bewegung für den Bestand der Monarchie erkennbar war und auch öffentlich geäussert wurde.

Verlesung des bei Prof. Massaryk beschlagnahmten Artikels in der Tschechischen Revue über den Gesinnungsgenossen des Dr. Kramar, den russischen Polen Roman Dmowski und über die polnisch-russische Frage. Dabei wird auf eine Rede des Dr. Kramar Bezug genommen, und der Satz des Dmowski zitiert: "Wir müssen die ganze Front unseres Kampfes nach dem Westen kehren! Gegen den germanischen Ansturm ist unsere einzige Rettung ein starkes Russland!" In diesem Kampfe müssen wir Slawen sein und als Slawen müssen wir ohne jede Bedingung zum slavischen Kongress gehen!" Aus diesem Artikel der auch einen Auszug aus der Arbeit Dmowski's über Deutschland, Russland und die polnische Frage enthält, ist zu erschen, dass der polnisch-russische Ausgleich, um den sich Dr. Kramar be-

müht, wie bereits in der Anklage hervorgehoben wurde, als politische Aktion zu Gunsten Russlands anzusehen ist. Darin liegt somit ein weiterer Beweis gegen die unrichtige Behauptung der Verteidigung, als ob der Neoslavismus nur kulturelle Ziele verfolgte, und für den Standpunkt der Anklage, dass er die politischen Interessen Russlands fördern sollte und gefördert habe.

Verlesung der bei Prof. Massaryk beschlagnahmten Verrede des in der Anklage erwähnten Volodimirew zu einer Abhandlung des Prof. Drtina. In dieser Schrift erklärt Volodimirew, dass der Neoslavismus eine allslawische Bewegung sei. Das österreichische Slaventum werde deswegen als politische Zentrale in der slavischen Frage bezeichnet, weil gerade in deutschem Österreich und in dem hinter seinem Rücken stehendem Deutschland das Haupthindernis zur Verwirklichung der notwendigen Ziele der russischen Politik im Osten und die hauptsächlichste Gefahr für den selbstständigen Bestand und das politische Aufblühen der durch Russland befreiten Balkanvölker enthalten war und enthalten ist. Es wird dann auf den Erfolg des Dr. Kramer bei der Reform der parlamentarischen Geschäftsordnung hingewiesen und weiter ausgeführt, dass es Aufgabe des österreichischen Neoslavismus sei, einen slavischen Block zu bilden und den Dualismus, dieses allgeräteste Vergehen der deutschen Regierung gegenüber den österreichischen Slaventum, zu stützen. Die Politik Österreichs soll der weiteren Verwirklichung der allslawischen Ziele günstig gestimmt und fördernd sein, zu diesem Zwecke muss sie neutralisiert und nach beiden Fronten hin entwaflnet sein, sowohl in Beziehung zu Russland als auch in Bezug auf den Balkan. Österreich solle Russland keine Hindernisse mehr zur Erreichung seiner jahrhundertalten Aufgabe im Osten in den Weg legen. Zu gleich müsse Österreich auch entschieden und für immer auf eine weiter fortschreitende Bewegung nach Osten der Balkanvölker verzichten. Die Verzichtleistung auf die Propaganda des Katholizismus als einer Staatsaufgabe verstehe sich von selbst. Dies seien die Wünsche und Hoffnungen der russischen Neutralisten. Aus diesem Artikel ist zu ersehen, dass die russischen Neutralisten sich in die inneren politischen Angelegenheiten der Monarchie einmischten und sich keinesfalls, wie es von der Verteidigung behauptet wird, auf kulturelle Aufgaben beschränkten.

Verlesung der russischen Zeitung "Nowoje Wremja" vom 18./31. Mai 1908. Gegenüber der Rechtfertigung des Angeklagten Dr. Kramer, dass er sich um das Sokolntum gar nicht gekümmert habe und dieser Einrichtung gänzlich ferne stehe, ist aus dem Berichte dieser Zeitung zu entnehmen, dass Dr. Kramer bei der slavischen Konferenz in Petersburg am 17. Mai 1908 bereits ankündigte, dass für das Jahr 1912 ein allslawischer Kongress in Aussicht gestellt werde. Dabei spricht er die Hoffnung aus, dass bis zu dieser Zeit die Idee des Sokolntums sich über ganz Russland verbreiten werde und dass die Sokoln Russland sich an dem Kongresse zahlreich beteiligen werden. Dadurch wird auch die Aussage des Zeugen Dr. Vanicek widerlegt, dass die Abhaltung des Kongresses frühestens im Jahre 1909 beschlossen wurde, es müsste denn sein, dass dieser Beschluss nachträglich über Anregung des Dr. Kramer gefasst worden ist. Der Einfluss des Angeklagten Dr. Kramer auf die Sokolnorganisation wird noch verständlicher wenn man berücksichtigt, dass der Präsident aller Sokolnverbände Dr. Scheiner, Mitglied der jungtschechischen Partei ist, und

dass er an dem neoslavischen Kongressen und Konferenzen im Inlande und in Russland teilgenommen hat, und dass Dr. Kramer bei der Palackyfeier und dem Sokolnkongress im Jahre 1912 die hervorragendste Rolle spielte und die wichtigste Rede, und zwar die Festrede auf Palacky, hielt.

Verlesung des Aktes des k.u.k. Kriegsüberwachungsamtes 49.194. Aus diesem Akt ist zu entnehmen und zwar auf Grund eines Berichtes des Gendarmeriebezirksposten-Kommandos zu Gablonz vom 23. Oktober 1915, Nr. 25, dass ein gewisser Josef Vanatko, welcher gegenwärtig bei dem Gericht des Militärkommandos in Innsbruck wegen Hochverrates sich in Untersuchungshaft befindet, für die Palackyfeier und das Sokolfest vom Jahre 1912 Plaketten mit der Aufschrift "Wir bestanden vor Oesterreich und werden auch nach ihm bestehen," verkauft hat. Diese Tatsache verdient umso mehr Beachtung, als der in der Anklage angeführte Bericht des Russen Kosmin Karawajow auf den gleichen Satz in der Rede des Dr. Kramer Bezug genommen hat und dabei die Sokoln als ein fertiges Militär ohne Waffen und die Tschechen als ein fertiges Volk ohne König bezeichnet hat.

Verlesung eines Auszuges aus dem offiziellen Bericht über die Reise und den Empfang des Pariser Stadtrates bei der Palackyfeier im Jahre 1912. Daraus ist zu entnehmen, dass die französischen Freunde offiziell Böhmen und Polen, ebenso wie Irland und wie einst Italien als ein unterdrücktes Land bezeichnen und die Sympathie Frankreichs für die unterdrückten Nationen zum Ausdruck bringen. Es wird von der Vereinigung Frankreichs und Böhmens auf Grund des gemeinsamen Leidens Erwähnung gemacht und dabei auf ein Schreiben des Professors Ernst Denis Bezug genommen. Der Präsident der Sokolnverbände Dr. Scheiner brachte in seiner Rede zur Ausdruck, dass die Sokoln nicht nur die körperliche, sondern auch die moralische und politische Erziehung der tschechischen Nation bezwecken um ihr die Freiheitsurückzugewinnen. Ueber das Bankett und die Beteiligung aller slavischen Völker wird erwähnt, dass sie dabei den Tribut ihrer unwandelbaren Anhänglichkeit an die grosse Sache des Slaventums darbrachten und dass es gleichsam eine feierliche Erklärung aller Brudervölker am Vorabend ernster Entschliessungen und heroischer Vorgänge war.

Verlesung der bei Dr. Kramer bei der zweiten Hausdurchsuchung beschlagnahmten Zeitung "Russkaja Molwa" vom 6./19. Jänner 1913. Daraus wäre zu ersehen, dass die Rechtfertigung des Angeklagten Dr. Kramer, dass ihm diese Zeitung unbekannt ist, nicht richtig ist, ferner dass er den Neoslavismus nicht aufgegeben hat, wohl aber von der Zeitung getadelt wird, dass er sich für den deutsch-tschechischen Ausgleich erklärte.

Verlesung der bei Massaryk beschlagnahmten Wochenzeitung "Kirchlicher allgemeiner Bote" vom 18. Juli 1913. In dieser Zeitung, welche von Brancianinow herausgegeben wird, veröffentlicht er unter dem Titel "Wiederrum Blut" einen Artikel, in welchem er unverhüllt seiner Feindseligkeit gegen die Monarchie und gegen die Dynastie Ausdruck verleiht und sich sogar zu Beleidigungen seiner Majestät unseres Kaisers schon damals mit verbrecherischen Worten erkühnt hat. "Wir Neoslavisten", schrieb schon damals der nachmalige Herausgeber der Zeitung "Nowoje Eveno", als dessen Mitarbeiter Dr. Kramer schon in der Anklage gezeichnet wurde, "haben von Anfang des Krieges an auf die Notwendigkeit einer festen Sprache von Seiten Russlands hingewiesen, nicht etwa aus dem Grunde, um Russland in einen Krieg zu verwickeln, wie es uns offizielle und nichtoffizielle Verleumder vorgeworfen ha-

ben, sondern deswegen, weil wir gewusst haben, dass die Wahrheit Wahrheit erzeugt, die Lüge jedoch Lüge und Feindschaft zeitigt. Wir haben noch im Jänner auf die Unvermeidlichkeit eines Bruderkrieges als Resultat des Spottes des christlichen Europa über die Befreier der Christen am Balkan, als Resultat einer unnatürlichen Freundschaft der orthodoxen russischen Regierung mit dem katholischen Oesterreich gegen die orthodoxen Verbündeten hingewiesen! Auf uns wollte man nicht hören! Man nennt uns Chauvinisten, man wollte nur der Lüge der Diplomaten Gehör schenken und man hat es erreicht. Lüge erzeugt Lüge, Bosheit erzeugt Bosheit." Durch diesen Artikel, welcher wegen der groben Majestätsbeleidigungen in nicht öffentlicher Verhandlung zu verlesen wäre, wird dargetan, dass der Neoslavismus im Sommer 1913 fortbestand, dass Brancaninow im Namen der Neoslavisten ausschliesslich für die Interessen Russlands Propaganda machte und eine feindselige Haltung gegen die Monarchie und die Dynastie einnahm, dass es somit unwahr ist, als ob der Neoslavismus bei dem Kongresse im Jahre 1910 nicht mehr existierte, dass schliesslich Brancaninow derart offen als Feind der Monarchie und Dynastie auftrat, dass es dem Dr. Kramar als bestem Kenner der russischen Verhältnisse und politischen Parteien, der mit Brancaninow in persönlichen wie im brieflichen Verkehr stand, nicht unbekannt sein konnte. Unter diesem Gesichtspunkt wäre wohl auch die Tatsache zu beurteilen, dass Dr. Kramar als Mitarbeiter und Mitschreiber der Zeitschrift "Nowoje Eveno" nachher seit dem Herbst 1913 auftritt und sich an der Propaganda beteiligt, welche vor dem Kriege und nach Ausbruch des Krieges auf die Vernichtung der Monarchie und Dynastie gerichtet ist.

Verlesung der Abschrift des Protokolles vom 23. November 1915 über die Vornahme einer Hausdurchsuchung in der Redaktion der Zeitung "Gas" zum Beweise, dass auch dort die Zeitung "Nowoje Eveno" beschlagnahmt wurde und dass diese staatsfeindliche Zeitung, welche unter Teilnahme des Dr. Kramar herausgegeben wurde, in Prag verbreitet war und die Stimmung der Bevölkerung gegen die Monarchie beeinflusste.

Verlesung der Abschrift des Angeklagten Cervinka vom 5. Juli 1915 sowie der inliegenden Nummern 2 und 17 der Zeitung "Nowoje Eveno" und der "Narodni Listy" vom 10. Jänner 1914. Diese Schriftstücke wurden vom Sekretär Cervinka über Veranlassung des Angeklagten Dr. Kramar im Zuge des Vermittlungsverfahrens vorgelegt, als dem Dr. Kramar vorgehalten wurde, dass die Herbeischaffung der Zeitung aus dem feindlichen Russland im Wege eines neutralen Staates eine Verzögerung des Verfahrens herbeiführen würde. Aus den vorgelegten Stücken ist zu ersehen, dass die Zeitung "Nowoje Eveno" auch in der Bibliothek des königlichen Museums in Prag erhältlich war und dass durch die Zitierung dieser Zeitung in der "Narodni Listy" das Interesse für diese Zeitung angeregt wurde.

Verlesung der bei Prof. Massaryk beschlagnahmten, in London herausgegebenen Zeitung "Farkest Russia" (das dunkelste Russland). Aus diesen englischen Zeitungen ist zunächst zu ersehen, dass Brancaninow in Beziehung auf seine politische Richtung und feindselige Haltung gegen die Monarchie allgemein und auch in der englischen Öffentlichkeit bekannt ist, dass er als ein Mann gegolten hat, der mit allen diplomatischen Geheimnissen vertraut ist, dass der Neoslavismus oder Panславismus als slavophile Propaganda im Interesse Russlands angesehen wurde und die wachsenden Rüstungen Russlands allgemein bekannt waren und die Beunruhigung der Nachbarstaaten, insbesondere auch der Monarchie hervorriefen; dass der Balkanbund und die daran geknüpften Hoffnungen Russlands direkt gegen die Türkei indirekt gegen Oesterreich und gegen den Dreibund gerichtet waren und dass der Balkanbund eine unüberwindliche Mauer gegen den Panger

manismus bilden sollte.

Verlesung der im Nr. 1 der "Nowoje Zveme" abgedruckten Mitteilungen der Redaktion und des Herausgebers, aus denen zu ersehen ist, dass das Ziel des Unternehmens gerichtet ist auf die Grundlagen einer realen Politik Russlands, gestützt auf die Treue im Bunde mit Frankreich und auf die Ausnützung des Uebereinkommens mit England und auf eine aktive Unterstützung der Slaven als der natürlichen Bundesgenossen Russlands. Mit Bezug auf den Kampf des Germanentums gegen das Slaventum soll das Band Russlands mit dem Slaventum gestärkt werden und und Russland nie anders betrachtet werden als ein Bestandteil des slavischen Ganzen.

Verlesung der Uebersetzung des Artikels über den galizischen Hochverratsprozess in der "Narodni Listy" Nr. 69 vom 12. Juni 1914. Daraus wäre zu ersehen, dass diese Zeitung ebenso wie im Bezug auf den ungarischen Ruthenenprozess und auf die Strafsache gegen die Brüder Gerowski auch in dem Lemberger-Hochverratsprozess für die Beschuldigten bzw. Angeklagten oder Verurteilten eintrat und gegen die Verfolgung der russophilen Propaganda Stellung nahm diese Propaganda somit indirekt förderte.

Verlesung der bei Dr. Kramer beschlagnahmten, ihm von André Oheradame gewidmeten Schrift "Le Correspondent" vom 10. Juli 1914 unter dem Titel "La nouvelle Serbie." Durch diese Schrift wird die Rechtfertigung des Angeklagten Dr. Kramer widerlegt, als ob Oheradame, der politische Freund und Gesinnungsgenosse des Dr. Kramer, bloss ein Feind Deutschlands und nicht auch der Monarchie wäre. Es wird die übrigens als allbekannte Tatsache erwiesen werden, dass die Serben seit der Annexionskrise heimlich diplomatische und militärische Rüstungen gegen die Monarchie einleiteten, und heimlich durchführten. Es wird zugestanden, dass die Balkanbündnisse und die Einführung von Wachen über Saloniki heimlich gemacht wurden, damit davon in Wien nichts erfahre. Es wird berichtet, dass unter den serbischen Offizieren eine Vereinigung entstanden ist, welche sich "die schwarze Hand" nannte und die Ausrüstung der Armee eifrig förderte. Sowohl der Beginn des Balkankrieges als auch die ersten Erfolge seien vor Oesterreich geheim gehalten worden. Im Bezug auf die russere Politik wird hervorgehoben, dass die Vereinigung von Serbien und Montenegro das Piemont des Balkans bilden würde, um welche sich die anderen Verbündeten slavischen Staaten gruppieren würden. Auf einer anderen Stelle wird hervorgehoben, dass die Interessen Rumäniens und Serbien solidarische zu sein scheinen, da für Russland und Serbien bezüglich Transsylvaniens, Bosniens und der Herzegowina gleiche zukünftige Interessen bestehen. Es sei daher wahrscheinlich, dass im Falle eines neuen Balkankrieges Serbien eng verbunden mit Rumänien marschieren würde, da die Beziehungen der beiden Länder ausgezeichnete seien. Weiters werden auch die guten Beziehungen Serbiens zu den Ententemächten, besonders aber zu Russland und Frankreich geschildert, und der Gegensatz zwischen Serbien und Oesterreich-Ungarn wird sehr hervorgehoben. Dabei wird dies im Sinne unserer Feinde so dargestellt, als ob von Seite der Monarchie eine antiserbische Politik gemacht worden wäre. Als Grund für diese serbenfeindliche Orientierung wird angeführt, dass Serbien seinem letzten Siegen ein Anziehungszentrum für die serbischen und serbophilen Völker der Monarchie bildet. Bei der näheren Erörterung der grossererbischen Aspirationen und der gegen die Monarchie gerichteten grossererbischen Bewegung werden die einzelnen verübten Attentate aufgezählt, und geradezu als natürliche und begreifliche Erscheinung bezeichnet. Auch der Doppelmord in Sarajevo wird als ein geradezu natürlicher und begreiflicher Akt gegen den Terrorismus der ungarisch-germanischen Hegemonie dargestellt. Oheradame behauptet,

dass in allen südslavischen Gegenden Oesterreichs-Ungarn auf die Zertrümmerung der Habsburgischen Monarchie gerechnet werde und dass ein Grossserbien mit 12,635.00 Einwohner entstehen könnte. Er fügt dann hinzu: "die politische Wichtigkeit einer späteren solchen Staatsgründung zwischen Zentraleuropa und den Balkan kann nicht bestritten werden." Nach dem geschilderten Inhalt dieser Schrift wird wohl auch der Angeklagte Dr. Kramar die ihm gewiss längst bekannte Tatsache zugeben müssen, dass sein Gesinnungsgeosse Andre Oheradame, der auch für den Meoslavismus ein besonderes Interesse bekundete, zu den gefährlichsten Feinden der Monarchie zu rechnen ist.

Verlesung der Abschrift einer Meldung des Gendarmeriepostenkommandos Blumenau, bezw. Prossnitz vom 12./5.1915. Diese Meldung enthält auch einige Auskünfte über die Tätigkeit des russischen Vereines "Russkoje Zerno", welcher nach Angabe des Zeugen Hribar über dessen Anregung bei den neoslavischen Konferenzen gegründet wurde. An der Spitze des Vereines soll als Obmann der russische General Surikow stehen, welcher sich im Juni 1914 im Bezirk Prossnitz aufgehalten haben soll.

Verlesung des Auszuges aus dem Notizbuch der Administration der "Narodni Listy". Daraus wäre festzustellen, die unentgeltliche Zusendung der Zeitung an die Alliance franco-slave in Paris mit einem Bild des angeklagten Dr. Kramar, ebenso die unentgeltliche Zusendung der Zeitung an Prof. Ernst Denis, seit 10. Juni 1910, ebenso die unentgeltliche Zusendung der Zeitung an Swiatkowski. Bezüglich der "Molwa", der staatsfeindlichen Zeitungen des Brancaninow, welche die Angeklagten angeblich nicht kennen, ist eingetragen, dass die "Narodni Listy" an diese Zeitung seit dem 1. Jänner 1913. unentgeltlich eingeschickt wurde, dass jedoch die Zeitung aus Russland nicht einlangt und auch von Vervinka betrieben wurde, dass schliesslich die Gratissendung am 7./9.1913. eingestellt und die Zeitung bei Havorka abonniert wurde. Ueber Svatspluk Konicek ist erwähnt, dass der Propagator des Verkehrs von Russen in die böhmischen Bäder ist. Für die Beziehung zur Zivnostenska banka ist bemerkenswert, dass die Bank 3000 Kronen zu Parteizwecken am 18. Jänner 1913. beigestellt hat.

Verlesung der Auskünfte der Polizeidirektion Prag über Konicek, Orkal, Dr. Rasin, Cervinka, Zdenke Raimann, Kopl und Guokow. Bezüglich Konicek's wäre festzustellen, dass er seit Oktober 1907 Vertrauensmann der auswärtigen Sektion der Narodni Rada Ceska war, dass er in seiner Zeitung "Slavie" für den Grundsatz der slavischen Gegenseitigkeit eingetreten ist, dass er sich im Jahre 1914 an der Gründung des russisch-tschechischen Hilfsvereines zum Andenken an Johann Huss beteiligte und Vorsitzender dieses Vereines in Moskau wurde, ferner dass er nach Ausbruch des Krieges mit einer Deputation beim Zaren erschienen ist, Orkal und Kopl beteiligten sich im Sommer 1912 in Paris an der Verbreitung eines Kongresses der bedrückten Völker.

Verlesung der unter den Schriften des Prof. Massaryk beschlagnahmten gedruckten Kopie einer Zuschrift des Vorsitzenden Konicek und des Sekretärs Aristow im Namen der allslavischen Gesellschaft "Slavia" in Moskau an den Kongress in Sofia. Nach diesem Aufruf vom 18. Juli 1910 teilte sich die einheitliche allslavische Bewegung in zwei Strömungen, in die der Bourgeoisie (Meoslavismus) und in jene des Volkes (slavischer Sozialismus.) Als näheres Ziel wird von der Gesellschaft "Slavia" angestrebt der russisch-polnische Ausgleich. Die endgiltige Lösung der serbischen Frage bestehe jedoch darin, dass das unterjochte und in Teile aufgestellte Slaventum seinen Staat- die einheitliche und freiheitliche Slavia schaffe.

Verlesung der Zuschrift der k.k. Polizeidirektion in Wien vom 13. Dezember 1915, betreffend das Interview des Dr. Kramar im "Russ-

koje Slovo" samt Abschrift des Berichtes der k.u.k. Gesandtschaft in Kopenhagen vom 12./10.1915 und des Telegramms vom 6./4. 1916, sowie eines Telegrammes der k.u.k. Polizeidirektion in Prag vom 28. Dezember 1915. Daraus ist zu ersehen, dass Olaf Ulfsen richtig Marius Wulf vom Korrespondenten der "Russkoje Slovo" Trotzky mit einer Empfehlung unserer Gesandtschaft in Kopenhagen am 7./4.1916 in die Monarchie abgereist ist und am 13. April 1916 in Prag weilte, wo er im Hotel Zentral eingekehrt ist. Die Veröffentlichung des Interview mit Dr. Kramer im "Russkoje Slovo" am 24. April 1916 reht sich zeitlich an diese Feststellungen in der Weise an, dass die Annahme, das Interview wäre erdichtet, wie bereits in der Anklage ausgeführt wurde, von vornherein zurückzuweisen ist. Es ist doch geradezu undenkbar, dass der Journalist Marius Wulf die weite und schwierige Reise von Kopenhagen bis Prag unternommen hätte, um unverrichteter Dinge zurückzukehren und das Interview einfach zu erdichten. Zu beachten ist aber hierbei, die wichtige Mitteilung der k.u.k. Gesandtschaft in Dänemark, dass Marius Wulf öfter in die Monarchie reiste und dass er hierbei auch Aufträge des russischen auswärtigen Amtes ausführen sollte. Ein besonderes Augenmerk verdient auch der Umstand, dass die Anwesenheit des Wulf in Prag auf den 13. April 1916, also auf einen Dienstag fällt, das ist jener Wochentag, an welchem Dr. Kramer sich regelmäßig in Prag einzufinden pflegte, so dass der fremde Journalist ihm auch leicht antreffen konnte und unzweifelhaft auch angetroffen hat. Dabei drängt sich nur die Frage auf, woher der Journalist Wulf die Information besaß, sich gerade an diesem Tag in Prag einzufinden.

Verlesung des Berichtes des k.k. Landesgendarmariekommandos 13 über das hochverräterische Treiben der Brüder Gerowski, ferner der Protokolle dieser Beschuldigten aus dem beim k.k. Landwehrdivisionengericht erliegenden Strafsakte gegen die Brüder Gerowski. Daraus wäre zu konstatieren, dass die Brüder Gerowski sich in einem Strafverfahren gleichfalls dahin rechtfertigten, dass die slowakische Bewegung lediglich kulturelle Zwecke verfolge, dass sie jedoch ebenso wie es bei Masaryk und Dürich noch erörtert werden soll, nach dem Verlassen der Monarchie sich offen als Hochverräter und Feinde des Staates und der Dynastie bekannten.

Verlesung der unter den Schriften des Mächar beschlagnahmten zwei Briefe von Prof. Masaryk. Aus diesem ist zu ersehen, dass schon zu Anfang des Jahres 1914 eine Versöhnung zwischen Prof. Masaryk und Dr. Kramer angebahnt und auch von den Anhängern des Dr. Kramer angestrebt wurde. Daraus ist im Zusammenhang mit der gemeinsamen Beteiligung an den Parteikonferenzen nach Ausbruch des Krieges zu ersehen, dass zwischen ihnen ein prinzipieller Gegensatz in der Politik nicht bestanden hat.

Verlesung der beim Korrespondenten der Zeitung "Gas" Friedr. Klavos beschlagnahmten Schrift "Die Situation von heute". Durch diese Schrift, welche nach Ausbruch des Krieges dem Prof. Masaryk von seinem Journalisten vorgelegt wurde, um eine staatsfreundliche Politik anzubahnen und die Beziehungen zu Russland und Serbien aufzugeben, wird dargetan, dass nach dem Gutachten dieses Kenners der Verhältnisse gerade von Seite des Dr. Kramer und des Dr. Rasin Schwierigkeiten bei der Neuorientierung der tschechischen Politik zugunsten Oesterreichs gewärtigt wurden.

Die Fortsetzung der vom Militärernwalt gestellten neuen Beweisenträge, werde ich mir erlauben Euer Exzellenz, in einem meiner nächsten Briefe mitzuteilen.

Mit dem Ausdruck vorzüglicher Hochachtung

Julius Benesch,

Herausgeber der deutsch-böhm. Korrespondenz.

E u e r E x z e l l e n z !

In den neuen Beweisanträgen des Militärkranwaltes wird weiters beantragt die Verlesung der Zeitschrift "La Nation Tschèque" vom 15.XI.1915, insbesondere des Aufrufes des Tschechischen Aktionskomitees, welches von Masarik, Dürich, Bogdan, Pavlu und anderen gefertigt ist. In diesem Aufruf bezeichnen sie die Personen, welche ihn unterzeichnet haben, als "autorisierte Repräsentanten" des tschecho-slavischen Volkes und es wird hervorgehoben, dass die Liste der Unterschriften um vieles länger gewesen wäre, wenn es der österreichisch-ungarischen Polizei nicht geclückt wäre, einige der am meisten beim Volke beliebten Führer anzuhalten und ins Gefängnis zu werfen. Es wird auf die Idee der slavischen Gegenseitigkeit und auf den Neoslavismus Bezug genommen und behauptet, dass der Neoslavismus vielleicht die Katastrophe des Weltkriegs verhindert hätte. Dann werden die Gründe erörtert, aus welchen in Böhmen ein Aufstand unmöglich sei, es wird aber hinzugefügt, dass die Tschechen wenigstens versucht haben, ihre passive Resistenzpflicht gegenüber der Zivilisation zu erfüllen. Ihre passive Resistenz habe Oesterreich desorganisiert, ihnen und den anderen Slawen der Monarchie sei es zu verdanken, dass die habsburgische Armee überall, wo sie auf den Feind stieß, zersprengt und vernichtet worden sei. Dieses Manifest bietet einen neuen, sehr wichtigen Beweis für das bewusste Zusammenwirken der Abgeklagten mit den hochverräterischen Umtrieben im Auslande und für die Beziehungen zur slavischen Gegenseitigkeit und zum Neoslavismus.

Weiters wird die Verlesung von Berichten zum Nachweise über die Verbreitung des Manifestes im Auslande und über die Versuche es im Inland einzuführen, beantragt.

Verlesung der Zeitschrift "La Nation Tschèque" vom 1.XII. 1915. Diese Nummer enthält entsprechend der ganzen Richtung dieses verbrecherischen Unternehmens durchwegs hochverräterische und staatsfeindliche Artikel. Am Schluss wird für den 2.XII.1915 unter dem Vorsitze des Prof. Denis eine Vorlesung des André Chéradame angekündigt über "Auflösung Oesterreich-Ungarns und der Pangermanismus." Die beiden Veranstalter dieser Vorträge und ihre vielfachbewiesenen Beziehungen zu Dr. Kramar sind weitere Belege für die politische Gesinnung und Betätigung des Dr. Kramar und seiner Genossen.

Verlesung der Abschriften von Protokollen mit den aus der serbischen Gefangenschaft befreiten Soldaten Hagyo Jenő und Paul Galicz aus dem Akte des k.u.k. Kriegsüberwachungsamtes betreffend das Verhalten tschechischer Kriegsgefangene in Serbien gegen die eigenen Kameraden und deren Einverständnis mit dem Feinde.

Verlesung der Zuschrift der k.k. Polizeidirektion Wien vom 17.XII.1915 und der Abschrift eines Protokolles mit dem aus serbischer Gefangenschaft befreiten Rudolf Thomann, betreffend die staatsfeindliche tschechische Agitation gegen den eigenen Staat in Serbien.

Verlesung einer Abschrift des Aktes des k.u.k. Kriegsüberwachungsamtes ministeriums Abt. 10 und des Protokolles mit dem russischen Kriegsgefangenen Einj.Freiw.Gilary Sokolowski, betreffend die staatsfeindlichen, hochverräterischen Umtriebe der tschechischen Legion (ceaka Druzina) in Russland.

Verlesung der Zeitschrift Ceako-rusakoje Jedinenie (Tsche-

chisch-russ. Einigung), erstes Heft vom Juni 1915. Als die Gründer und Herausgeber dieser Zeitschrift sind genannt, die im Strafverfahren bereits erwähnten Zdenko Raiman, Tutschek, Cervený, Sviňovský und andere. Diese Zeitschrift ist durchaus hochverräterischen Inhalts, sie enthält auch ein Gespräch zwischen dem Organisator der tschechischen Legion Zdenko Raiman und dem serbischen Agitator Kosutits, der nach der Annexion Bosniens zum Aufhetzen der russischen Öffentlichkeit nach Petersburg gesendet wurde. Aus diesem Gespräch ist insbesondere zu ersehen, dass die tschechischen Gefangenen in Serbien freigelassen wurden und unter Verletzung des Völkerrechtes für Serbien Kriegsdienste leisten. In der Zeitung wird ferner die Gründung der einzelnen hochverräterischen Druckeschriften "Naxdar", "L'Independance tchèque" und "La Nation Tchèque" erörtert.

Verlesung der Zeitschrift "Česko-ruskoje Jedinění (tschechisch-russ. Einigung), 2. und 3. Heft vom September 1915. Diese Zeitschrift enthält das Bild des Obmannes der Sokolverbände Dr. Scheiner und weitere wichtige Mitteilungen über das Verhalten der tschechischen Gefangenen in Serbien und von der Leistung von Kriegsdiensten für den Feind. Beachtenswerte Ausführungen finden sich auch über den Neoslavismus. Eine sehr interessante Auseinandersetzung enthält der Artikel "Wir sprechen uns aus." Graf Pezovaki-Petrov-Solowjow, der ebenso wie Dr. Kramar als Mitarbeiter der von Brancaninow herausgegebenen Zeitung "Nowoje Zveno" ausgewiesen ist, erklärt in einem Briefe an die Redaktion des Česko-Ruskoje Jedinění vom 24. VI. 1915, dass er es für seine Pflicht halte, sich von der slavischen Gegenseitigkeit feierlich loszusagen, weil das tschechische Volk in dem jetzigen Kriege in grosser Mehrheit auf Seite der Feinde stehe. In der Antwort der Redaktion wird nun nachgewiesen, welche grossen Dienste die Tschechen unseren Feinden leisten und aus welchen Gründen es unmöglich sei, einen offenen Aufstand zu wagen.

Verlesung der Zuschrift des k. u. k. Kriegsüberwachungsamtes vom 20. XII. 1915 mit dem Auszug aus der Zeitung "Čecho slovensky Samostatnost" vom 8. XI. 1915. Auch hier wird die übliche Entschuldigung vorgebracht, weshalb in Böhmen keine Revolution von den Tschechen gemacht worden ist. Durch die Bildung der tschechischen Legionen sei erwiesen, dass der Tscheche dort, wo er sich frei bewege, die Schmach des Sklaventums von sich abwerfe.

Verlesung der Abschrift einer Zuschrift der Generalstabsabteilung des k. u. k. Militär-Kommandos in Budapest vom 7. X. 1915, betreffend das Verhalten der Tschechen in Amerika.

Verlesung der Zuschrift des k. k. Statthaltereipräsidiums in Böhmen vom 2. VII. 1915 und des Aktes des k. u. k. Kriegsüberwachungsamtes, betreffend die staatsfeindliche Korrespondenz aus dem Auslande und insbesondere des Zdenko Raiman, dessen Beziehungen zu Dr. Kramar bereits in der Anklage hervorgehoben wurde.

Verlesung der Zuschrift der k. k. Polizeidirektion Prag vom 3. XII. 1915 betreffend den Einfluss des Angeklagten Dr. Kramar auf die Ergebnisse der Kriegsanleihe.

Verlesung der beim Angeklagten Vincenc Cervinka vorgefundenen Schriften und insbesondere der Notizen, in denen erwähnt wird, unter 22./X.: Aus Kiew überfüllte Bahnen, unter 30./X.: In Lemberg mit dem Zuge nach Jaroslau Komitees in Kiew Cervený Einziges tschechisches Blatt Europas; eine Visitenkarte des Ingenieurs Václav Dostál d. i. eines Schwagers des Oberdirektors Dr. Preis, der als Kämpfer in der tschechischen Legion gefallen ist. Die Mitteilung der Nowoje Wremja über eine Kundgebung im Petersburger slavischen Klub über die Balkanfrage. Verlesung der bei Vincenc Cervinka beschlagnahmten Briefen von Wladimir Sis vom 8. X. 1913 und vom 1. V. Mrkvicka vom August 1913, in welchen der Narodni Listy Vorwürfe wegen ihrer serbophilen Haltung gemacht werden.

tige Kräfte vorhanden; es fehlt auch die genügende Verteilung sowohl von Seiten der Russen als auch von Seiten der Slaven... Man könne natürlich nicht leugnen, dass durch eine plötzlich hervor-

Die bei Prof. Masaryk beschlagnahmte Schrift von Prof. W. N. Wolodimirov über den Neoslavismus und das Austroslaventum, erschienen im Mai 1909. Aus dieser Schrift, deren Verfasser vom Angeklagten Dr. Kraus selbst in seiner Rechtfertigung als verlässlicher Gesinnungs-genosse und Mitarbeiter an der neoslavischen Bewegung anerkannt wird, ist zu ersehen, dass diese Bewegung unzweifelhaft einen politischen Charakter hat, dass sie im Interesse Russlands eingeleitet wurde, auf Einmischung in die inneren Verhältnisse der Monarchie angelegt ist und unzweifelhaft als staatsfeindlich und staatsgefährlich zu qualifizieren ist. Abgesehen von den aufreizenden Ausführungen dieser Schrift über die Unterdrückung der Slaven in der Monarchie und über die Ungerechtigkeit der österreichischen Verwaltung tritt als Zweck das sträfliche Streben hervor, unter Nichtbeachtung der Grenzen unseres Reiches eine Vereinigung sämtlicher Slaven zu bilden, welche den politischen Zwecken Russlands dienen soll. Mit Bezug auf die Ältereslavophile Bewegung wird der Unterschied dahin gekennzeichnet, dass die neue Bewegung nicht mehr wie Früher das Scholastische, sondern das praktische Slaventum sei. Nur unter seinen Stammesgenossen, die in glücklicher Weise vom Meere bis zum Meere im Herzen Europas selbst zerstreut sind, könne Russland die ihm notwendige Stütze finden. Die Wiedergeburt der Rasse, das politische Bündnis aller Slaven untereinander in dieser oder jener Form sei daher eine unaufschiebbare Notwendigkeit, deren Erfüllung man sich bereits nicht mehr entziehen könne. In diesem Bündnis sollen Russland und alle anderen Slaven in einer für sie neuen Rolle gleichberechtigter, wenn auch nicht gleich starker Glieder dieses Bündnisses auftreten. Von jetzt an wird ein jedes slavische Volk, wie klein es auch sein möge, ein gleichberechtigtes Glied der slavischen Familie sein. Das Ziel des Austroslavismus wird in der Schrift dahin definiert, was man tun müsse, um der zahlenmässigen Mehrheit der Slaven in Oesterreich auch die politische Vorherrschaft zuzuführen, mit anderen Worten was geschehen müsse, um das deutsch-magyarische Oesterreich in ein slavianisiertes Oesterreich umzuwandeln. Dabei wird hervorgehoben, dass die Austroslavisten sowohl der früheren Zeiten, als auch der Gegenwart, aufrichtige Russophile seien. Wenn der gegenwärtige Austroslavismus vorläufig eine gewisse Zurückhaltung bewahre, so sei dies nicht so sehr eine Folge seiner verpflichtenden Schuldigkeit der Untertanentreue, als eine Folge dessen, dass der Prozess der Wiedergeburt Russlands erst gebonnen habe und Gott weiss wann und wie enden werde. Der gegenwärtige Austroslavismus sehe das slavianisierte Oesterreich ganz und gar nicht als notwendige Form des politischen Bestehens an. Seinen obigen Ausführungen, welche der Verfasser am 5. Mai 1909 im Klub "der öffentlich wirkenden Männer" vorgetragen hat, fügt er dann noch weitere Erklärungen hiezu, weil er angeblich missverstanden worden sei und seine Ausführungen böswillig entstellt wurden. Er erklärt sodann den Austroslavismus näher dahin, dass das Bekenntnis zur slavischen Idee in seiner ganzen Ausdehnung nicht mit der unbedingten Verpflichtung zum Bekenntnisse der sofortigen Zerstörung des Österreich-ungarischen Staates verbunden sei. Um aber die slavische Idee realisieren zu können, sei jedes slavische Volk in den Grenzen Oesterreichs-Ungarns verpflichtet, fortwährend anzustreben: 1. die kulturelle Entwicklung seiner eigenen Nationalität, 2. die Kräftigung und Vergrösserung ihrer Kraft mittelst kultureller und wo dies möglich ist, auch politischer Umfassung (Vereinigung) in zahlenmässig und seelisch starken Gruppen. 3. Endlich die Erreichung auf Grund der Quantität der staatlichen völklichen Herrschaft der Slaven in ganz Oesterreich-Ungarn oder einen Teil des Letzteren. Von einer Zerstörung Oesterreichs als dem direkten und einzigen Mittel, den Österreichischen Slaven die Möglichkeit der politischen Befreiung und der Selbstbestimmung zu überlassen, zu sprechen, stelle sich als vollkommenster Unsinn dar. Hiefür seien nicht genügend fertige Kräfte vorhanden: es fehlt auch die genügende Verbreitung sowohl von Seiten der Russen als auch von Seiten der Slaven. ... Man könne natürlich nicht leugnen, dass durch eine plötzlich hervorge-

rufene Katastrophe Oesterreich in sehr kurzer Zeit zerstört werden könne. Material habe sich hierzu genügend angehäuft, aber je früher diese Katastrophe eintreten werde, desto schlechter wäre es sowohl für die Russen, als auch für die Slaven sein, zufolge des gemeinsamen Nichtvorbereitet sein. Dies sei der Grund, warum vor einem Jahr sowohl hier in Petersburg, als auch auf dem Prager Kongress die slavische Frage einsichtsvoll und weise auf die einzige, für sie unter den gegenwärtigen Verhältnissen mögliche kulturelle Grundlage und nicht auf die Grundlage der politischen Annäherung und Einigung aller Slaven untereinander gestellt worden ist..... Das österreichische Slaventum habe einstweilen keinen Grund und deshalb decke es auch den Wunsch, die staatliche Umhüllung von sich abzustreifen nicht auf. Die Gründe seien einfach, da einerseits bis zum jetzigen Augenblicke noch kein zweites staatliches Zentrum formiert sei, welches für dasselbe eine grössere Anziehungskraft bildet, andererseits würde jeder Versuch eine Anklage auf Hochverrat und die Notwendigkeit revolutionärer Aufstände nach sich ziehen, deren Ausgang von niemand vorausgesetzt werden könne. Uebrigens solle das slavianisierte Oesterreich keine definitive, sondern nur eine zeitlich Uebergangsform sein; dies sei nur eine unbedingt notwendige Etappe auf dem Wege zur Lösung der slavischen Frage. Die Erreichung der Ziele liege vollkommen in den Interessen Russlands und des ganzen Slaventums und in diesem Sinne unterliege die Zweckmässigkeit des Austroslavismus keinem Zweifel. Die kulturelle Arbeit werde in der Folge zum gemeinsamen Ziel der politischen Einigkeit der gesamten slavischen Rasse führen. Aber wann diese Vereinigung sich vollziehen werde, welche politische Form sie annehmen werde, darauf habe niemand, mit Ausnahme von Andeutungen über die slavische Föderation bis jetzt eine bestimmte und richtige Antwort gegeben und eine solche Antwort wäre auch eine vorzeitige. Klar sei nur Folgendes: Ohne Russland könne diese Vereinigung sich nicht vollziehen..... und in dieser Vereinigung solle Russland die erste Rolle gebühren, aber nicht als Gebieter, sondern nur als Führer. Diese Schrift gewährt einen so verlässlichen Eindruck in die Ziele des Neoslavismus und in seine, auf die Vernichtung der Monarchie gerichteten Bestrebungen, dass auch die Wirkung der Bewegung im Kriege und die Beziehung zu den Begründern und Führern vollkommen verständlich erscheint und unzweifelhaft auch erwiesen ist.

Verlesung des "Oechoslavan" vom 31. Dezember 1914. In diesem Artikel werden die Verhältnisse in Prag geschildert. Es wird hervorgehoben, dass ein Aufstand des wehrlosen Volkes gegen das Militär mit Maschinengewehren undenkbar sei. Es werde jedoch eine andere Revolu-

tion gegen die Habsburger von den Tschechen vorbereitet. Ueber die Details zu schreiben wäre nicht faktisch und es würde der Sache schaden. Bis die Russen auf das Gebiet der heiligen Wenzelskrone dringen werden, würden sie sich selbst überzeugen, dass in den Adern der tschechischen Menschen heisses Blut fliesse und dass in ihrer Brust ein slavisches Herz schlage.

.-.-.-.-.-

Nach dem Gesetze vom 10. Juni 1868 ist die Staatsschulden-kontroll-Kommission des Reichsrates verpflichtet, über das Ergebnis ihrer Tätigkeit und ihre Wahrnehmungen dem Abgeordnetenhaus Bericht zu erstatten. Da der Kommission derzeit diese Möglichkeit nicht offen steht, hat sie in einer am 15. November 1914 dem Kaiser überreichten Denkschrift die Bitte gestellt, ins solange die Berichterstattung an den Reichsrat nicht erfolgen kann, die gesetzmässig an das Abgeordnetenhaus zu leitenden Berichte als alleruntertänigste Vorträge Seiner

Majestät unterbreiten zu dürfen. Mit allerhöchster Entschliessung vom 14. Febr. 1915 wurde dieser Bitte willfahrt. Die Staatsschulden-Kontrollkommission hat demgemäss bereits mehrere alleruntertänigste Vorträge unterbreitet, so über die Gebarung mit der Staatsschuld in den Jahren 1913 und 1914, sowie über die aus Anlass des Krieges bisher durchgeführten Kreditoperationen.

.....

Bekanntlich befasst sich die Regierung schon seit längerer Zeit mit einer Reform gewisser Gebiete der Verfassung und Verwaltung. Die sich darauf beziehenden Operate, deren Ausarbeitung, soweit dabei das Ministerium des Innern in Betracht kommt, dem in das Ministerium einberufenen Statthalter von Oberösterreich Freiherrn von H a n d e l überantwortet ist, sind derzeit zum grössten Teile noch nicht fertiggestellt. Nur die Vorarbeiten für den Entwurf eines Gesetzes über die Schaffung von Kreisen in Böhmen und Mähren, befinden sich bereits in einem vorgeschrittenen Stadium. Danach soll Böhmen und Mähren in Kreise eingeteilt werden. Die Zahl der für Böhmen in Aussicht genommenen Kreise schwankt zwischen 9 und 12. Des weiteren stehen grosse Schulreformen in Aussicht. In dieser Beziehung steht auch die Frage einer Verstaatlichung des Volksschulwesens in einem bestimmten Umfange in Diskussion.

.....

Die jüngste Anwesenheit des ungarischen Ministerpräsidenten Grafen Tisza in Wien und die Audienz des Staatsmannes bei Seiner Majestät stehen, wie ich erfahre, mit der aus der Eroberung Serbiens und Montenegros notwendig sich ergebenden Fragen zusammen.

.....

Ich gebe mich der angenehmen Erwartung hin, dass meine heutigen Mitteilungen das Interesse Euer Exzellenz gefunden haben und zeichne

hochachtungsvoll

Julius B e n e s c h ,
Herausgeber der deutsch-böhm.
Korrespondenz.

Sofort nach Durchführung der notwendigen Verfassungsänderungen hat der Reichsrat seine Tätigkeit aufzunehmen. Für die Sicherung seiner Arbeitsfähigkeit ist durch eine neue Geschäftsordnung vorse-